



Volksdemokrat

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Zustellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Sonntag, 17. Dezember 1922.

Nr. 296.

Durchgepeitscht!

Das Schandwerk ist vollendet! Nach einer mehr als zwanzigstündigen Sitzung, die von Freitag halb vier Uhr nachmittags bis Samstag Mittag dauerte, hat das Abgeordnetenhaus die Beamtenvorlage beschlossen. Der Verlauf der Sitzung und alle den Beschluß begleitenden Nebenstände sind in der Geschichte des Parlamentarismus geradezu unerhört. Wenn es etwas an dem Parlament dieses Staates noch zu schänden gab, die Koalitionsparteien haben es gestern nacht in reifester Weise besorgt. Aber der Verlauf dieser ebenso schmachvollen wie denkwürdigen Sitzung lieferte neben dem Beweis, daß die nackte Gewalt der brutalen Mehrheit den ursprünglichen zarten Keimen der Demokratie längst den Garauß gemacht hat, auch noch den anderen: daß die Koalition auf tönernen Füßen steht, daß sie bereits in allen Fugen kragt, und daß die Koalitionsparteien nur noch die gemeinsame Schuld und die gemeinsame Furcht vor dem Strafgericht der Wähler zusammenhält. Die Beschlußfassung über die Beamtenvorlage ist den Koalitionsgenossen gestern gar nicht so leicht geworden, wie sie es sich vorgestellt hatten. Freilich, gegenüber der Opposition bewährte sich auch diesmal prompt die Präzision ihrer Abstimmungs- maschine, aber der Sturm, der ihre Kraft schwächt und ihr Dasein bedroht, sitzt innen und hätte gestern um ein Haar dem Leben der Koalition und damit der Regierung ein Ende gemacht.

Schon in den Nachmittagsstunden des Freitag war die Krise, die infolge eines heftigen Konfliktes unter den Regierungsparteien ausgebrochen war, so bedenklich geworden, daß die Sprengung der Koalition unmittelbar bevorstehend schien und es durch- gezogen bereits Gerüchte von Neuwahlen das Haus. Die Krise hatte ihren Ursprung darin, daß ein Teil der tschechischen Nationalsozialisten, gedrängt durch ihre Staatsangestellten- organisationen, rebellierte und gegen die Vor- lage Stellung nahm, deren ärgste Härten sie wenigstens gemildert sehen wollten. Es zeigte sich auch diesmal, daß bei den tschechischen Nationalsozialisten das sozialistische Bewußtsein weit lebhafter schlägt, als bei den tschechischen Sozialdemokraten, die wie immer, so auch hier, sich als die treuesten Vollstrecker des Wil- lens der bürgerlichen Parteien bewährten. Der in letzter Stunde rege gewordene Widerstand der tschechischen Nationalsozialisten drohte mit der Demission des nationalsozialistischen Eisenbahnministers Strišný zu enden; auch der nationalsozialistische Abgeordnete Belizan kündigte die Niederlegung seines Mandates an und der der gleichen Partei angehörige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Burival, kündigte sogar in einem Schreiben an das Präsidium seine Mandatsniederlegung an. Alles schien in völliger Auflösung. Doch gelang es den anderen Koalitionsparteien, ihre nationalsozialistischen Bundesgenossen mit der Zusicherung irgendeiner Resolution, deren Inhalt die Staatsangestellten etwas beruhigen sollte, an der Stange zu halten. Raum war diese Krise beigelegt, als während der Nachtstunden eine neue ausbrach: die tschechischen Sozialdemokraten, neidisch auf den „Erfolg“ der Nationalsozialisten, wollten nun ebenfalls ein Juchzen für ihre Wähler unter den Staats- angestellten, aber sie stießen auf den Wider- stand Rajšins, der von irgendeiner Verbesserung der Vorlage zugunsten der Staatsange- stellten nichts wissen wollte, sondern hart- nädig auf seinem Schein, der unveränderten Annahme der Vorlage, bestand. Um ein Uhr nachts wurde die Sitzung des Abgeordnet- hauses unterbrochen, der Ministerrat trat zu- sammen, der bis sieben Uhr morgens tagte und in dieser Zeit schien jeden Augenblick das stolze Gebäude der Koalition in Schutt und Asche zu zerfallen. Endlich gelang es — die tschechischen Sozialdemokraten hatten sich mit der belanglosen Aenderung einer Bestimmung der Vorlage als „Zugeständnis“ begnügt — eine Einigung herbeizuführen, so daß bei völ- liger Erschöpfung der Abgeordneten um halb

Der polnische Präsident ermordet.

Der Täter — ein bekannter Anhänger der nationaldemokratischen Partei.

Warschau, 16. Dezember. (Poln. Ag.) Heute vormittags wurde bei der feierlichen Er- öffnung des Salons für Malkunst ein Attentat auf den Präsidenten Polens, Karu- towicz, verübt. Der Präsident wurde getötet. Der Urheber des Attentates, der Maler Eligijusz Kiewiadomski wurde verhaftet. Das Präsidium des Ministerrates teilt mit: Anlässlich der Er- mordung des Präsidenten von Polen, Gabriel Karutowicz, hat das Amt des Präsidenten nach Punkt 40 der Verfassung der Marschall des Sejms, Datal, übernommen. Der Marschall des Sejms ruft eine Sitzung der Nationalversammlung zur Wahl eines neuen Präsidenten ein.

Warschau, 16. Dezember. (16.30 Uhr.) Im Augenblicke, als Karutowicz in Begleitung zweier Adjutanten, des Ministerpräsidenten Koval und zweier anderer Minister vom Präsi- denten des Malerbundes in den ersten Ausstellungssaal geführt wurde, gab der Maler Kie- wiadomski von rückwärts aus einem Revolver drei Schüsse ab. Der Mörder, der sich unter den Besuchern der Ausstellung befand, wollte nach dem Attentat die Flucht ergreifen, wurde aber von den Umstehenden zurückgehalten. Der Präsident fiel sofort zu Boden und verschied nach einigen Minuten.

Der Mörder ist ungefähr 52 Jahre alt und als Anhänger der nationalde- mokratischen Partei bekannt. Vor einigen Jahren war er Referent im Mini- sterium der Künste.

Derzeit tagt der Ministerrat, der sich mit der durch die Ermordung des Präsidenten der Republik geschaffenen Lage befaßt. Welche Lösung die gegenwärtige Situation finden wird, weiß man nicht bestimmt, in politischen Kreisen aber nimmt man an, daß nach dem Bild- tritt des Staatschefs Pilsudski dieser mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werde.

Der neugewählte Präsident Polens ist also — dies steht außer Zweifel — einem politischen Attentat zum Opfer gefallen und der Täter, der „ehemalige Referent im Ministerium der Künste“ (!), ist nicht als ein „Irrsinniger“ zu betrachten, als den ihn gewisse Kreise jetzt schon hinstellen möchten, sondern als ein Exponent des Blods der Rechten, so daß also wohl die „christlichen Nationaldemokraten“ Polens an der Beseitigung des Präsidenten mittelbar die Hauptschuld tragen. Die Atmosphäre, die ihre wüste Agitation gegen „Kommunisten“, Arbeiter und nationale Minderheiten im Lande geschaffen hat, muß mit Notwendigkeit derart traurige Früchte zeitigen, und die in ganz Polen nach der Präsidentenwahl entsetzte Agitation, die blutigen Unruhen in Warschau und Posen waren durchaus geeignet, einen politischen Terrorakt wie der Er- mordung des Präsidenten unmittelbar auszulösen.

Die Untat fügt sich vollkommen in die Linie der Entwicklung, die wir leider in allen Ländern Europas wahrzunehmen genötigt sind. Überall versucht es eine gewalt- tätige, vor keiner Schurkerei zurückschreckende Reaktion, ihren Willen, den Willen einer zahlenmäßig geringen Minderheit, durch Drohungen und Versprechungen und durch den Appell an die niedrigsten Instinkte der Mehrheit aufzuzwingen, überall sammelt sie rück- sichtslos Stütztruppen, die das Proletariat mit allen Mitteln einschüchtern. Was in Un- garn Horthy, in Deutschland Ehrhardt und Hitler, in Italien Mussolini unternommen haben, ahmt in Polen Korfanty nach, er korrigiert den Risikofolg bei den Wahlen durch Dolch und Bombe. Man muß die Erscheinung als europäische Seuche erfassen, um sie in ihrer ganzen furchtbaren Gefährlichkeit zu verstehen, und muß auf der Hut sein, damit das Gift dieser Seuche nicht auch bei uns zu wirken be- ginne. Die Vergewaltigung des Parlaments, die wir gestern in Prag erlebt haben, und die diktatorische Willkür, mit der Rajšin und seine Nationaldemokra- ten Opposition und — Koalitionsgenossen tyrannisieren, zeigt, in welcher Richtung sich auch bei uns die Dinge entwickeln, und läßt Schlimmstes befürchten. Die Ermordung des polnischen Präsidenten erleuchtet wie eine Fackel mit grellster Helligkeit die von Haß und Blut geschwängerte Situation Europas, sie wirkt ihren blutigen Lichtschein über das Schlacht- und Trümmerfeld, das von der europäischen Zivilisation übrigblieb, und ver- mag auch uns zu warnen. Arbeiter, seid auf der Hut! Der Feind lauert und hält die meuchlerische Waffe vielleicht auch schon gegen Euch bereit!

acht Uhr früh die Sitzung wieder aufgenom- men werden konnte. Daß es eine in keinem Parlament der Welt mögliche standlose Zu- mutung war, die Abgeordneten in dieser ihrer Verfassung noch zur weiteren Verhandlung zu zwingen, das kennzeichnet die skrupellosen Ge- waltmethoden der Mehrheit aufs neue. Je- denfalls hat die Regierungskrise in der vor- vergangenen Nacht, deren letaler Ausgang nur mit größter Mühe verhindert wurde, der Ko- alition ihre Vergänglichkeit drohend vor Augen geführt. Viele solcher Belastungsproben, wie die gestrige, hält das innerlich an seinen Ge- gerfehen zermürbte Koalitionsgebilde nicht mehr aus.

Das Schandwerk, das den harmlosen Titel: Gesetz betreffend die Dienst-, Ruhe- und Versorgungsansprüche der Zivil- und Mili- tärstaatsbediensteten, führt, unter welchem Titel sich der ungeheuerlichste Anschlag ver- birgt, der seit je gegen die Staatsangestellten und Pensionisten durchgeführt wurde, dieses Schandwerk ist also Tatsache geworden. Noch hat wohl der Senat darüber zu entscheiden, aber der dort zu fassende Beschluß wird noch mehr eine bloße Formsache sein, als er es für das Abgeordnetenhaus war. Die unter der Führung Dr. Rajšins stehende Koalition der Staatsangestellten, die Pensionisten und ihre Familien können den Hungerriemen fester

schnallen, wobei über ihnen auch nach Durch- führung der in drei Etappen zu erfolgenden Herabsetzung ihrer Gehalte das Damokles- schwert weiterer Gehaltskürzungen schweben bleibt. Damit der Staat auf großem Fuße weiter leben könne, damit er sich weiter den Luxus eines ohne Maß und Ziel wohlge- mästeten Militarismus leisten kann — der in Zukunft sogar noch erhöhte Anforderungen zu stellen und einen noch ausgiebigeren Ap- petit zu entwickeln beabsichtigt — werden die Angestellten des Staates an ihrer Kleidung, ihrer Ernährung, ihrem kleinen Behagen, das sie sich vielleicht noch manchmal leisten konn- ten, Einschränkungen vornehmen müssen. Ihren Familien, ihren Kindern werden sie von dem Bissen, den diese zum Munde füh- ren, abzwacken müssen; die armen Pensionis- ten des Staates aber, die schon jetzt ein wahr- res Hungerdasein führen mußten, werden gut daran tun, bald freiwillig die irdischen Freu- den mit den himmlischen zu tauschen, denn sonst werden sie dies unter Mitwirkung des Staates, der ihnen jetzt den armseligen Brot- korb noch höher hängt, in der noch weit wen- iger angenehmen Art des langsamen Verhun- gers tun können. Die staatlichen Finanzen sind schlecht, elende sogar, und es wird gar nicht zu leugnen versucht, daß die bisher be- triebene nationalistische und protektionistische Wirtschaft im Staate, dessen Lenker bedenken-

Am 20. Dezember Wahl des neuen Präsidenten.

Warschau, 16. Dezember. (19 Uhr 15 Min.) (P.A.) Auf Einladung des Sejmpräsidenten Rataj ist das Kabinett nach 12 Uhr mittags zu einer Beratung zusammengetreten, welche bis zum Abend dauerte. Nach den bisherigen Infor- mationen wurde beschlossen, die Nationalver- sammlung (den Sejm und Senat) für den 20. De- zember, 12 Uhr mittags, zur Wahl des neuen Prä- sidenten einzuberufen.

Zum Zeichen der Trauer wurde die Flagge auf dem Sejmgebäude auf Halbmast gehißt. Alle Theatervorstellungen sowie öffentlichen Vergnü- gungen wurden bis auf weiteres im ganzen Lande verboten.

Warschau, 16. Dezember. Der heutige Mi- nisterrat, der um halb 15 Uhr eröffnet wurde, ist eben beendet worden. An demselben nahm auch der frühere Staatschef Pilsudski teil. Die Nach- richt, daß Pilsudski das neue Kabinett bil- den wird, wird demontiert, dagegen wird eine neue Version verbreitet, wonach an die Spitze des neuen Ministeriums der frühere Kriegsminister und jetzige Generalfeldmarschall General Sikorski, gestellt werden soll.

Der Sejmpräsident Rataj erklärte gegenüber Pressevertretern, er wolle, daß das neue Kabi- nett bereits morgen gebildet sei. Die neue Regierung müsse die volle Garantie für die Erhal- tung der Ruhe und Ordnung im Lande über- nehmen.

Karutowicz.

Karutowicz war von Beruf Ingenieur, führte in der Schweiz die Elektrifizierung der Wasser- kräfte durch und war längere Zeit als Professor des Polytechnikums in Zürich tätig. Ueberhaupt ver- brachte er den größten Teil seines Lebens im Aus- lande. In die Heimat wurde er erst bei Bildung des Kabinetts Bonifowski berufen und übernahm in die- sem Kabinett das Portefeuille des Ministers für öffentliche Arbeiten. Nach dem Sturz dieses Kabi- netts wurde er mehrmals als Kandidat für die Mini- sterpräsidentschaft genannt und übernahm schließlich im Kabinett Rataj das Portefeuille des Außenmini- steriums. Präsident Karutowicz galt allgemein als Parteigänger der Linken, war aber politisch nicht engagiert. Seine Kandidatur war von der radikalen Volkspartei abgelehnt worden.

Unternehmeraufruf auf die Buchdrucker.

Prag, 16. Dezember. Heute wurde in den Druckerien den Vertrauensleuten durch ein Zirkular bekanntgegeben, daß die Prinzipale beab- sichtigen den Gehältern vom 1. Januar an 40 Pro- zent der Teuerungszulage abzugeben. Da bei einem Wochenlohn von 350 Kronen die Teue- rungszulage 224 Kronen beträgt, so kommt der Abzug einem Betrage von 89 60 Kronen, das sind 25 Prozent des gesamten Einkommens, gleich. Dieses Vorgehen bedeutet ein brutales Diktat der Unternehmer und eine Ausschaltung der Organi- sationen, die sich die Buchdrucker auf keinen Fall gefallen lassen werden.

los Ausgaben auf Ausgaben häuften, an die- sen schlechten Staatsfinanzen die Schuld trägt. Nun wird den Staatsangestellten die ebenso ehrende wie patriotische Pflicht auferlegt, von ihrem Einkommen herzugeben, damit die Folgen dieser Wirtschaft wenigstens zum Teil be- seitigt werden. Wenn sie nun schon an nichts anderem sich fatten können, so dürfen sie es an dem hehren Bewußtsein tun, daß, während die Bestehenden auf keine der Annehmlichkeiten ihres Lebens zu verzichten brauchen, sie es sind, die mit der Herabdrückung ihrer Lebens- haltung zur Besserung der in Mißstand gera- tenen Staatsfinanzen beitragen.

Der ganze Umfang der Gewissenlosigkeit, mit der sich die Koalitionsparteien an den Staatsangestellten vergingen, wird erst sichtbar werden. Die Unvernunft und Bedenkenlosig- keit, von der sie sich leiten ließen, zeigt sich schon jetzt in der Tatsache, daß das Sinken der Lebensmittel- und Warenpreise nicht nur nicht eine feststehende Tatsache ist, sondern daß infolge des Sinkens des Wertes der Krone auf dem Geldmarkte ein Steigen der Preise droht. Man kann jetzt schon voraus- sagen, daß die an den Staatsangestellten durchgeführte Aushungerungsaktion weder für die Schuldigen noch für den Staat gute Früchte zeitigen wird. Die verübte Tat wird nicht ohne Vergeltung bleiben.

Die Durchpeitschung des Staatsbeamtengehaltsgesetzes.

Eine kümmerliche Dauerlösung des Abgeordnetenhauses.

Nach einigen Regierungskrisen und noch mehr Koalitionskrisen ist es also dem vereinigten Willen derer um Vojna bis derer um Raschin gelungen, die Staatsbeamtengehaltsvorlage, verflucht um einen Resolutionsantrag, der wohl den Staatsangestellten Sand in die Augen streuen soll, gegen und trotz aller Widerspenstigen in der Koalition selbst, durchzubrüden. Dufival, Belikan, Jaska, Batejdl, David und der Prager Flügel der liberalen Volkspartei konnten an der Sache nichts ändern. Kein Wunder, war ja Drahtzieher Raschin am Werke, nach dessen Winke die Koalitionsgruppen tanzen müssen; auch die tschechisch-sozialdemokratischen. Sah man ihnen doch die Freude an, als die Morgenstunden hochgezogen und die dunklen Gefahren der Nacht verschwunden waren. Auch der Herr Präsident Tomasek befindet sich bereits ganz in der Gefangenschaft der Koalitionsmacher, versteht sich der bürgerlichen; ihren Wünschen kam er bereitwilligst nach und fand es für gut,

die Abgeordneten die ganze Nacht im Rudosimium zu behalten.

Der Sieg, den die Koalition errungen hat, wird ihr und dem Staate nicht zum Segen gereichen; noch so ein Sieg aber und sie wird sich zu Tode gestigt haben.

Nicht unerwähnt darf auch die Rolle des Präsidenten Tomasek bleiben; während er die Wünsche der Koalitionsparteien um Unterbrechung der Verhandlung glatt berücksichtigt und sogar eine sechsstündige Ausdehnung der Pause in den Nachtverhandlungen ohne weiteres gestattete, hat er das Ansuchen der deutschen Sozialdemokraten, wegen allgemeiner Müdigkeit die Verhandlungen in den Morgenstunden zu unterbrechen, rüdfischi abgelehnt. Der Herr Vorjehende ist also ein sehr gefügiges Werkzeug der Koalition. Es ist überhaupt unerhört, daß Präsident Tomasek ohne jeden zwingenden Anlaß eine vierundzwanzigstündige Sitzung abhält, wodurch er die betrüblichen Vorfälle im Hause zum betrüblichen Teile mitverschuldet hat.



Die Nachtstiftung vom 15. Dezember.

Während der Rede des Abg. Nioch (tschech. Gewerbetarbei) kommt es zu einem scharfen Wortgefecht zwischen dem Abg. Profesch und Rajmann.

Sodann gelangt u. a. zum Worte

Abgeordneter Genosse Hoffmann.

Der gegenwärtige Gesetzentwurf zeichnet sich u. a. dadurch aus, daß die sozialen Zulagen, vor allem die Kinderzulage, wieder zurückgeschraubt und gedrosselt wird, natürlich zum Nachteil der Familien, zum Nachteil der öffentlichen Angestellten, Beamten und Lehrer. Es ist besonders charakteristisch, daß in der gesetzlichen Bestimmung für die Auszahlung der Kinderzulage auch die Altersgrenze von 24 Jahren auf 18 Jahre zurückgeschraubt und bei den Pensionisten sogar diese Altersgrenze auf 12 Jahre erniedrigt wird. Der Motivenbericht des Gesetzes bringt eine ganze Reihe von Tabellen. Ich bin überzeugt, daß diese Tabellen kaum jemanden sehr beschweren werden; auch der Herr Berichterstatter dürfte sich wohl schwerlich die Mühe genommen haben, durch diesen Wust von Ziffern sich hindurchzuarbeiten. Und doch sind diese Tabellen immerhin sehr lehrreich, wenn sie auch für die Gesetzgebung durchaus überflüssig erscheinen. Redner führt sodann einige wenige Beispiele an, um zu zeigen, wie eigentlich die Auswirkungen des Gesetzes sein werden.

Eine neuerliche Härte des Gesetzes

Bietet § 10, welcher die Bestimmungen, die vorhin kurz besprochen worden sind, auch auf die Pensionisten ausdehnt. Diejenigen, welche das Gesetz beschloßen haben und es heute auch wieder annehmen werden, haben keine Ahnung vom Elend der Pensionisten. Ich will Ihnen, meine Herren von der Mehrheit, empfehlen, beispielsweise in die Industriegebiete Nordböhmens zu kommen, in die Hunger- und Elendsgebiete, um dort einmal die alten Beamten und Lehrer zu sehen, die sich 40 und 42 und 45 Jahre redlich und ehrlieh bemüht, den Dienst geleistet haben und heute buchstäblich am Hungertuch nagen müssen. Dann ist noch jene unglückselige Bestimmung da, daß der Unterschied zwischen Altpensionisten und Neupensionisten immer noch nicht aufgehoben wird. Hier könnte man geradezu an jenes wichtige Wort von Heine denken:

„Wenn Du nichts hast,
Wird Dir auch das wenige genommen,
Wenn Du viel hast,
Wird Du noch mehr dazu bekommen,
Wenn Du aber gar nichts hast,
Lasse Dich begraben,
Denn ein Recht zum Leben haben
Nur die, die etwas haben.“

Vor allem aber enthält der § 10 einen schweren Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden, Bezirke und Länder, da dieser Paragraph ausdrücklich hervorhebt, daß diese Selbstverwaltungsförderung für Beamte genau so bezahlet werden müssen, wie dieses Gesetz, das für die Staatsbeamten und Lehrer gelten wird, es vorschreibt.

Das ist ein Zwang zur unsozialen Betätigung.

ein Zwang geradezu zu unredlichem Handeln und Tun. Aber der Regierung wird an mehreren Stellen die Ermächtigung erteilt, ohne Rücksicht auf das Parlament die Gehälter noch weiter zu droffeln, wenn die Verhältnisse es erlauben.

Abg. Grünzner: Wenn die Regierung es will!

Abg. Hoffmann: Ja, diese Bestimmung widerspricht der primitivsten Auffassung von demokratischem Denken, diese Bestimmung ist aber auch gleichzeitig eine Verkündung der Feigheit, weil sich die Mehrheit fürchtet, die Verantwortung zu übernehmen für diese unsoziale Tat. Sie will die Verantwortung schließlich und endlich der Regierung oder in der Regierung wieder nur dem einen Gewaltmächtigen aufbürden.

Vor ungefähr einem Jahre hat Präsident Masaryk in seiner Neujahrsvorlesung ein Wort gesprochen, das eine Kritik dieses Staatsoffens und seiner Verwaltung bedeutet: Wir brauchen eine anständige Bürokratie. Glauben Sie, daß Sie durch dieses Gesetz eine anständige Bürokratie schaffen werden? Wenn Sie ehrlich sind, so müssen Sie nein sagen.

Sie jüchten die Korruption, Sie jüchten die Bestechlichkeit, Sie jüchten endlich ein feiges Geschlecht von käuflichen Strebern.

Die Gefahr ist ungeheuerlich, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel ein Lehrer, dessen Wille gebrochen ist, dessen Geist unfrei geworden ist, nicht mehr instande ist, das Erziehungswort zu leisten und die Kinder zu aufrechten Männern zu erziehen. Aber das wollen Sie ja nicht, Sie wollen keine Männer, Sie wollen ein Volk von Sklaven, das Sie beherrschen und ausbeuten können. Das ist eigentlich der Grund nicht nur dieses Staates, sondern aller kapitalistischen Staaten. Das ist Ihre Ideologie. Aber glauben Sie ja nicht, den Angestellten, Lehrern und Beamten mit dem Appell an den Patriotismus zu kommen. Der Hunger ist härter als alle Ideale. Diese Vorlage wird viele öffentliche Angestellte und Lehrer zum Denken zwingen; dann werden sie den Weg in unsere Reihen finden und werden mit den wertvollsten schaffenden Massen dieses Systems der privatkapitalistischen Herrschaft stürzen helfen. Der Völkerturm läßt sich auch durch dieses Gesetz nicht aufhalten. (Beifall.)

Nach diesem spricht

Abgeordneter Genosse Dirsch.

Wenn wir zurückschauen in die Zeit von beiläufig einhalb Jahren, sehen wir, wie der Kampf zwischen den kapitalistischen Klassen und den arbeitenden Klassen ganz gewaltig aufschwilt; das Würgen und Abwürgen des Proletariates hat begonnen, die Kapitalisten aller Nationen und aller Staaten glauben, daß es notwendig sein wird, die alten Verhältnisse wieder herbeizuführen und den alten Zustand der Hörigkeit, der vollständigen Abhängigkeit der großen Massen der arbeitenden Klassen.

Die Wechselwirkung zwischen den Gehältern der Angestellten des Staates und den Gehältern der Angestellten und Arbeitern draußen in den Fabriken

und sonstigen Unternehmungen und Gewerben ist im vorigen Jahr hier aufgezeigt worden. Es ist wohl allen klar, daß die Gehaltsbezüge und Lohnbezüge aller dieser Schichten mit einander korrespondieren; das bedeutet zugleich die wirtschaftliche Interessengemeinschaft aller dieser Gruppen. Im Vorjahr begann der Kampf mit dem Abbau der Gehälter der Beamten, dann kam im Dezember, es war beiläufig dieselbe Zeit wie jetzt, plötzlich das Attentat auf die Gehälter der Staatsangestellten und Lehrer — es ist gerade ein Jahr, um dieselbe Stunde sprachen hier ich und meine Klubgenossen. Die großen Massen, die es anging, waren wie auf den Kopf geschlagen, sie wurden überarmelt, die Herren von der damaligen Wita, die Vertreter der kapitalistischen Unternehmer beharrten darauf, daß in jeder Nacht das Gesetz gemacht werden mußte, obwohl diese Herrschaften keine Ahnung hatten, welche Wirkungen dieses Gesetz auslösen muß. Damals war es Dr. Kubisek, so ein ähnlicher Herr wie Dr. Raschin.

Run sehen wir wieder, daß pöbliche eruptive Gewalt der kleinen mächtigen Gruppe der Kapitalisten und zwingt, und mit dieser Vorlage zu beschäftigen.

Im heutigen Jahre haben wir den Abbau der Löhne und Gehälter der Privatangestellten und Arbeiter sehen müssen. Es war ein furchtbares Ringen; es war ein Kampf zwischen den gegenwärtigen Interessengruppen. Die Wirtschaftskrise hat die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter-Organisationen zum Teil geschwächt. Es gelang dem Unternehmertum, die Löhne herabzusetzen und die Lebenshaltung des Proletariats

herabzubrüden. Die Wirtschaftskrise wächst. Aber sowohl der Herr Finanzminister Raschin, als auch der Handelsminister Roubal erklären, es sei das eine Krise der Befundung. Aber Raschin erklärt auch: Wir müssen sparen. Aber beim Militarismus werden Milliarden hinausgeworfen. Frankreich befehlt und die Wächter in diesem Staate müssen die Befehle dieser Herren apporrieren; die Parteien, die in der Regierungskoalition sitzen, müssen gehorchen, wenn der Kapitalist befehlt.

Aber mit diesen Methoden werden es die Herrschaften nicht weit bringen. Denn ich bin der Meinung, daß auch in der Gesetzgebung, in der Politik Sittlichkeit und Moralität vorhanden sein müssen. Was geschieht aber hier in diesem Staate? Man nimmt ehrlichen Menschen einen Teil ihres Einkommens. Redner bespricht sodann die Ungerechtigkeit der vorgenommenen Gehaltsreduzierungen.

Es ist heute hier darüber gesprochen worden, daß die Voraussetzung für die Entwicklung eines Wirtschaftsgebildes oder eines Staatsoffens Wissensstärke und Arbeitsfreude an der Entwicklung dieses Wesens besonders interessierter Menschen ist.

Wir brauchen in der Verwaltung, wir brauchen bei der Führung des Staatsoffens tüchtige, charaktervolle Menschen, starke Charaktere.

Aber hier wird bewußt, mit besonderer Planmäßigkeit der Versuch unternommen, sich diese Hunderttausende von Menschen und ihre Angehörigen zu willfährigen Werkzeugen zu machen, sie auszubeuten, auch in der Befinnung, auch im Charakter, und nur im Interesse der Regierungsmaschine.

Man sieht das ja ganz deutlich, wenn man ein wenig die Gesetzesvorlage durchblättert. Das ganz besonders Kennzeichnende für die Absicht der Regierung ist, daß nicht nur ein Abbau gemacht, sondern daß der Regierung auch die Machtvollkommenheit gegeben werden soll, in einem ihr günstig erscheinenden Augenblick die Bezüge der Staatsbediensteten und Staatsangestellten noch weiter bis zum vollständigen Abbau aller Teuerungszulage abzubauen.

Der Einfluß des Parlaments, der Abgeordneten- und Senatorenkammer, soll völlig beseitigt werden, das Parlament ausgeschaltet werden und nur zum Schein weiter leben. Die Herrschaften mögen sich nur nicht irren. Es wird ihnen nicht gelingen, auf die Dauer mit solchen Mitteln und Methoden zu regieren, ihr Machtgebäude ist denn doch ganz gewaltig erschüttert.

Wenn wir hier im vorigen Jahre gesagt haben, daß sich diese Methoden rächen werden, daß auch diese Mehrheit einmal in Scherben gehen werde, sind wir diesem Zustande, meine ich, heute ein wenig näher gerückt.

Betrachten wir uns die soziale Seite dieser Vorlage. Die Regierung erklärt: Nicht nur die Teuerungszulage wird abgebaut, wie werden auch dort abbauen, wo es sich um Zulagen für Frauen und Kinder handelt. Diese Vorlage, Gesetz geworden, wird uns ein ganz merkwürdiges Bild bieten. Es wird dreierlei Kategorien von Angestellten geben. Es werden Leute da sein, die auf Grund der bisherigen Bestimmungen bezahlt sein werden, dann Leute, die nach dem 1. Jänner 1923 eingestellt werden, die mit bedeutend geringeren Einkünften zu leben gezwungen sein werden, Leute, die vielleicht ebenso tüchtiges, ebenso Hervorragendes leisten wie der Nebenmann. Aber die gesetzlichen Bestimmungen machen es zulässig, daß die Angestellten ganz verschiedenartig bezahlt und entlohnt werden. Zwitteracht, Mühsamkeit, Demunziantentum wird gezüchtet werden. Die Charaktere werden verderben, die Leute werden sich bemühen, sich auf andere Weise Einkommen zu schaffen. Sie werden um billiges Geld in den freien Stunden zu Konkurrenten werden für die anderen arbeitenden Schichten des Volkes. Die Pension wird den Leuten gekürzt.

Fragen wir doch darnach, warum das denn so sein muß. Die nationalen Gesenfsche bringen es hier so weit, daß die Sozialisten, mit ihren größten Feinden, mit den Kapitalistenrepräsentanten, vollkommen sitzen, mit ihnen Gesetze fabrizieren, die doch all dem, was man sozialistische Politik nennt, widerstreben und ins Gesicht schlagen.

Jene Parteien, die hier auf der rechten Seite des Hauses sitzen, zählen Staatsbeamte und Arbeiter zu ihren Wählern.

Die sozialistischen Parteien der Regierungskoalition hätten es nicht notwendig, sich in der Weise, wie es hier geschieht, hinzugeben. Es wird Sie nichts nützen,

es kommt der Tag, wo diese Koalition zerbricht.

Hier wird einfach brutal das Recht großer Schichten von Menschen mit den Füßen getreten; der Staat als Arbeitgeber zeigt hier den Kapitalistenklassen, wie man es machen mußte.

So hat sich Raschin, der Faschismus aus Italien ins Tschechoslowakische übertrug, marschiert.

Wir werden ja sehen, ob wir auf alle berechtigten und sachlichen Argumente, die hier vorgebracht wurden, eine Antwort bekommen. Aber ich glaube, daß eine Antwort kommen wird aus den Massen da draußen, daß sie erkennen werden, daß die „made republica“ hier zum Schwindel wird, daß es um das Schicksal ihrer Klasse, der großen Masse der Arbeiter und Angestellten des Staates und der Gemeinde- und Privatangestellten geht. Die Leute hier in der Koalition trauen sich mehr, als ihnen zukommt. Es kommt der Tag, wo diese Majorität zerbricht und die Vertreter der großen Massen hier ihr Ur-

teil über diese Leute sprechen werden. Wir sehen diese Vorlage ab. Wir sagen den Menschen draußen, daß Sie vor der Geschichte die Verantwortung tragen für die Brutalität und die Niedertracht, die Sie an Ihren Angestellten verübt haben. (Beifall.)

Abg. Galen (Kommunist) fordert den Finanzminister auf, selbst vor dem Abgeordnetenhause die Vorlage zu verteidigen. Während seiner Rede kommt es öfter zu

Zusammenstößen zwischen den Abgeordneten der kommunistischen und der tschechisch-sozialdemokratischen Partei.

Besonders heftig ist der vom Abgeordneten Profesch mit dem Abgeordneten Kreibich geführte Diskurs.

Um ein Uhr drei Minuten teilt der Präsident Tomasek mit, daß er die Sitzung zum Zwecke der Vorbereitungen für die Abstimmung auf eine Stunde unterbricht.

Eine zweite Nachtstiftung.

Nach zwei Uhr beginnt sich das Plenum des Hauses wieder zu versammeln, da ja der Präsident die Dauer der Unterbrechung mit einer Stunde angegeben hat.

Fast sämtliche Abgeordnete der Oppositionsparteien geben ihrem Unmut über die Unterbrechung der Sitzung und über ihre Nichtaufnahme zur festgesetzten Stunde in Worten der Enttäuschung Ausdruck.

Möglichst bestigt Abgeordneter Taussig (Kommunist) die Präsidentenstraße und erklärt die Sitzung für eröffnet. Abg. Galen erstattet in humoristischer Weise ein „regierungstreues“ Referat über die Staatsbeamtenvorlage. Einzelne Abgeordnete der Oppositionsparteien überreichen beim „Präsidenten“ Taussig Wortmeldungen und die schönste Sitzung ist bald im Gange. Schließlich wendet sich das Interesse der Abgeordneten wieder den Vorgängen im Couloir zu.

Die Vormittagsstiftung vom 16. Dez.

Um halb acht Uhr früh eröffnet endlich Präsident Tomasek die Sitzung und gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Unterbrechung zum Zwecke der Vorbereitung der Abstimmung sich gegen sein Erwarten in die Länge gezogen habe. Er gesteht, daß wichtige Beratungen der Koalitionsparteien und der Regierung in bezug auf die vorliegenden Gesetze stattgefunden haben.

Minister Habrman erklärt im Namen der Regierung, daß diese nichts dagegen habe, wenn der § 6, Absatz 2 der Vorlage im Sinne des Antrages der Abgeordneten Johannis, Slavicek, Dr. Lukavsky, Stanek, Dr. Roubal und Genossen geändert werde.

Der Präsident eröffnet über diese Erklärung des Ministers die Debatte.

Abg. Johannis (tsch. Sozdem.) teilt den Antrag der Abg. Johannis, Slavicek usw. mit, welcher lautet:

Der § 6 des Abs. 2 lautet: Die Veränderung des Familienstandes der Angestellten durch Pehelung, durch Aufnahme von Kindern an Eigenheit nach dem 31. Dezember 1922, weiter durch die Geburt eines Kindes nach dem 31. Dezember 1922 hat keinen Einfluß auf die Bemessung des einheitlichen Teuerungszuschlages und der Kinderzulage.

Abgeordneter Genosse Dankenberg.

Unter ganz außergewöhnlichen Verhältnissen treten wir neuerdings in die Debatte über die Staatsangestelltenvorlage ein. Es ist ein unerhörter Vorgang, der sich hier heute nachts abgespielt hat, ein Vorgang, der unwürdig ist, eines sich demokratisch nennenden Parlamentes und es ist selbstverständlich, daß wir diesen Vorgang nicht ohne Widerspruch hinnehmen können. Wir haben schon in der ersten Debatte, die abgeführt wurde, darauf verwiesen, unter welchen Umständen die Beratung dieser Vorlage in den Ausschüssen durchgeführt wurde, einer so wichtigen Vorlage, durch welche die Existenz von tausenden und abertausenden Familien aufs ärgste gefährdet wird. Eine so wichtige Vorlage sollte und wurde auch im Eilzugstempo in diesem Hause durchgepeitscht. In jedem anderen Parlamente würde man sich mit ihr Tage, vielleicht Wochen hindurch beschäftigen.

Es gibt wohl unter den Vertretern der sozialistischen Parteien in der Koalition keinen, welcher nicht anerkennen würde, daß viele der von der Opposition gestellten Änderungsanträge vollständig gerechtfertigt sind.

In erster Linie haben wir hervorgehoben und stellen auch jetzt fest, daß in einem demokratischen Staate, bevor eine solche Vorlage in die gesetzgebende Körperschaft gebracht wird, zweifellos Verhandlungen mit den zuständigen Organisationen der Angestellten eingeleitet werden.

Ein Vorfalle, der in der Geschichte des Parlamentarismus einzig dasteht.

Gestern hat sich im Budgetausschuß ein Vorfalle ereignet, gegen den wir mit aller Schärfe protestieren müssen und der in der Geschichte des Parlamentes einzig dasteht. Unsere Änderungsanträge zur Beamtenvorlage wurden im Budgetausschuß, ohne daß sie vorher zur Kenntnis gebracht wurden, abgelehnt. Man hat über manche Anträge auch en bloc abgestimmt. Der Bericht des Ausschusses wurde heute erst aufgelegt, nachdem die Debatte begonnen hat.

Dabei wurde ein arger Betrug an der gesetzgebenden Körperschaft verübt.

Vor einem Eingreifen Amerikas.

Der Vorsitzende des Budgetausschusses hat nach der Abstimmung über die Beamtenvorlage erklärt, es liege keine Resolution vor. Der Berichterstatter des Budgetausschusses hat sich nicht damit begnügt festzustellen, daß die Mehrheit des Budgetausschusses dem Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses beigetreten sei, sondern er hat einen eigenen Bericht über einen angeblichen Beschluß des Budgetausschusses im Hause erstattet.

Abg. Merta: Das macht ein Doktor! ... Und hat in diesem Bericht als Meinung des Ausschusses eine Interpretation des § 17 der Staatsangeestelltenvorlage aufgenommen, von welcher er in seinem Berichte behauptet, daß es eine Auslegung durch den Ausschuss sei. (Un-erhört!) Ich stelle fest, daß, wiewohl wir von früh bis 2 Uhr nachmittags an den Beratungen des Budgetausschusses teilgenommen haben und uns während dieser Zeit nicht entfernten, wir nichts davon gehört haben, daß der Berichterstatter die Absicht habe, in seinem Bericht eine solche Interpretation aufzunehmen. Ich erkläre, daß wenn wir von dieser Auffassung des Herrn Berichterstatters gehört hätten, wir das nicht unwiderrprochen gelassen hätten, und ich frage, woher der Herr Berichterstatter sich das Recht nehmen kann, zu sagen, daß das, was er in den Bericht des Ausschusses an das Haus aufgenommen hat, nicht seine eigene private Meinung, sondern die Meinung des Budgetausschusses ist.

Das ist eine Fälschung, eine Verfälschung der geschehenden Körperlichkeit.

Auch Mitglieder des Ausschusses anderer Parteien haben unsere Frage, ob dem Herrn Berichterstatter eine solche Ermächtigung erteilt worden ist, verneint. Es ist eine Hinterziehung des Ausschusses, eine solche Bestimmung auf diese Art als Interpretation in das Haus zu bringen. Diese Sache kann uns nicht gleichgültig lassen. Der Herr Berichterstatter des Budgetausschusses hat sich über alle Erwägungen hinweggesetzt, einzig und allein, um für seine Partei und seine Parteigenossen einen Erfolg herauszuschlagen. (Sehr richtig!)

Abg. Genosse Hillebrand: Die Staatsbeamten schädigt man und den Pfaffen schenkt man.

Abg. Reich: Jesuitische Erbschleicherei!

Wir haben gehört, daß die „Pölla“ arge Krisen durchgemacht hat, haben das aber nicht ernst genommen und uns gesagt: „... Pa d schlägt sich, Pa d verträgt sich.“ (Stürmischer Beifall!)

Präsident Tomášek ruft den Redner für diese Worte zur Ordnung.

Es ist außer Frage, daß es im Interesse der Arbeiterschaft gelegen ist, wenn sie zur Ueberzeugung gebracht werden, daß es so nicht weitergeht...

Ein aufregender Vorfall.

Zwischen dem Abg. Genossen Hillebrand und tschechischen Abgeordneten kommt es zu einer äußerst lebhaften Kontroverse. Im Lärm bleiben die Worte des Redners unverständlich.

Abg. Hillebrand ruft auf Dr. Rosel zu: Werfen Sie ihn heraus, den Betrüger! und wird vom Präsidenten Tomášek zur Ordnung gerufen.

Während sich Abg. Hillebrand auf seinen Platz begibt, wird er von einem schweren Erregungszustand befallen. Dieser Vorfall löst stürmischen Protest bei den deutschen Abgeordneten aller Parteien und den Kommunisten aus.

Abg. Genosse Cermak: Das ist eine Tyrannel, geht zu tagen.

Abg. Genosse Czich: Warum sind wir sechs Stunden hier behalten worden?

Die tschechischen Kommunisten stellen sich vor der Ministerbank auf und rufen im Chor: „Konec“, auch unsere Genossen fordern in stürmischer Weise den Schluß der Sitzung. Inzwischen wird Abg. Genosse Hillebrand aus dem Saale geführt; sein Befinden hat sich im Laufe des Tages gebessert.

Eine Erklärung unserer Fraktion.

Abg. Genosse Hadenberg gibt folgende Erklärung ab:

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten sieht sich in Anbetracht der trübsamen Atmosphäre, in welcher die Staatsbeamtenvorlage auch in diesen Jahre durchgepeitscht werden soll, zur schärfsten Einsprüche bemüht. Wir protestieren gegen diese eines demokratischen Parlamentes völlig unwürdige Arbeitsmethode. Der gedruckte Bericht der Ausschüsse wurde entgegen dem selbstverständlichen Brauch und Herkommen nicht so rechtzeitig verteilt, daß die Abgeordneten imlande gewesen wären, ihn auch nur einmal flüchtig durchzulesen. Der Präsident hat um 1 Uhr nachts die Sitzung für eine Stunde mit der Begründung unterbrochen, daß die Abstimmung vorbereitet werden müsse. Wir haben jedoch davon nichts wahrgenommen, daß Funktionäre des Hauses an der Vorbereitung der Abstimmung nach der Unterbrechung gearbeitet hätten. Statt nach einer Stunde die Sitzung wieder aufzunehmen, dauerte die Unterbrechung weitere 6 Stunden. Auch gegen diese unwürdige Behandlung des Parlamentes verwahren wir uns hiemit auf das Schärfste.

Ganz entschiedenen Protest legen wir jedoch gegen den Versuch des Berichterstatters des Budgetausschusses Dr. Rosel ein, eine Reihe von Feststellungen, welche vom Budgetausschuss nicht beschlossen und ganz gegen die Geschäftsordnung

Paris, 16. Dezember. (Davas). Washingtoner Blättermeldungen zufolge wird in berulenen und zur unterrichteten Kreisen berichtet, daß die Vereinigten Staaten in der allerersten Zeit betriffs der europäischen Lage einen wichtigen Schritt zu unternehmen beabsichtigen der auf die Einberufung einer Welt-Wirtschaftskonferenz in Washington abzielt. Nach der Aushandlung im Weißen Hause wurde anerkannt, daß die wirtschaftliche Lage Europas eine ernste Prüfung erfordere, daß es sich aber nicht empfehlen würde, bereits im gegenwärtigen Momente eine öffentliche Erklärung abzugeben.

Wie der „New York Herald“ aus Washington meldet, wird unverzüglich von Washington eine Note an die Alliierten abgehen. Die Vereinigten Staaten werden in dieser Note vorschlagen, Deutschland einen Kredit von

Deutschland vor dem Zusammenbruch.

London, 16. Dezember. (Reuter.) Die Frage der europäischen Reparationen wurde vom Präsidenten Harding und dem Kabinette in einer gestern abgehaltenen mehr als zweistündigen Sitzung erörtert. Alle Fragen, die zur Besprechung kamen, betrafen einen Vorschlag betreffend eine internationale Anleihe an Deutschland, das sich nach amtlichen Mitteilungen an die amerikanische Regierung unmittelbar vor dem Zusammenbruche befindet. Es wurde indessen mitgeteilt, daß der Anleiheplan noch keine konkrete Tatsache geworden ist, und daß keine endgültige Entscheidung bezüglich der Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten erreicht worden ist. Die Tatsache, daß der deutsche Botschafter am Vormittage unmittelbar vor der üblichen Freitagssitzung des Kabinettes im Staatsdepartement vortrat, wird dahin ausgelegt, daß der

sechs Milliarden Goldmark zu gewähren. Bis zur Höhe des bewilligten Kredites könnte Deutschland in den Vereinigten Staaten und in den anderen Ländern, welche an der Kreditoperation teilzunehmen würden, Rohstoffe und Zahlungsmittel entkaufen. Die Anleihe würde durch eine Hypothek auf das gesamte deutsche Eigentum, also auch auf die Zölle, gesichert werden, Frankreich und Belgien müßten auf das Hypothekrecht gegenüber Deutschland verzichten. Weder Frankreich noch Belgien würden ihnen aus dem Titel der Reparationen zukommende Beträge in Barem erhalten. Dagegen müßte Deutschland seinen Gläubigern zu den festgesetzten Fristen pünktlich zahlen. Zur Bezahlung des Kredites würde Deutschland eine Frist von zehn Jahren gewährt werden.

Präsident und die amtlichen Persönlichkeiten vielleicht alle verfügbaren Informationen über die Lage in Deutschland im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem zu erhalten wünschen. Nach einer weiteren Reutermeldung aus Washington, wurde nach der gestrigen Kabinettsitzung im Weißen Hause erklärt, daß die europäische Lage als eine Frage angesehen werde, die ernste Erwägung verdiene, obgleich es nicht für ratsam gehalten werde, im gegenwärtigen Augenblicke eine öffentliche Mitteilung erfolgen zu lassen. Die amerikanische Regierung sei der Ansicht, daß sie keine Gelegenheit für einen „helfreichen Einfluß“ außerhalb lassen würde, vorausgesetzt, daß ein Weg gefunden werden könne, der keine Abweichung von der wohlwertvollen nationalen Politik bedeute.

Eine 1 1/2 Milliarden Dollar-Anleihe?

Was über Amerikas Absichten verlautet.

Berlin, 16. Dezember. (Eigenbericht.) Ueber Amerikas Absichten erfährt man, daß der Besuch des deutschen Botschafters in der Wohnung des Präsidenten großes Aufsehen erregt hat. Gestern soll der Besuch gefast worden sein, attib zur Lösung der Reparationskrise einzugreifen. Man ist des Senates in dieser Frage nicht ganz sicher und hat die Absicht, ihn dabei zu umgehen. Man glaubt in Amerika allgemein, daß Deutsch-

land vor dem Zusammenbruch steht und fürchtet eine Abfahrtsreise, deren erste Anzeichen sich schon einstellen. Die amerikanische Anleihe soll zu zwei Dritteln für die Reparationen und zu einem Drittel zur Kreditisierung der deutschen Einkäufe an Getreide und Baumwolle verwendet werden. Man glaubt, daß die Anleihe ungefähr eineinhalb Milliarden Dollar betragen wird.

dem sozialpolitischen Ausschusse zur Prüfung und Stellungnahme nicht unterbreitet wurden, in den gedruckten Ausschussbericht einzuschmuggeln.

Diese Feststellungen, welche im Berichte als authentische Interpretation des Geschehes durch den Budgetausschuss bezeichnet werden, betreffen die analoge Anwendbarkeit des § 17 auf die Bezüge der Geistlichkeit, welche durch die Einbeziehung der Kongrua in den Grundbezug gegenüber den übrigen Staatsangestellten erheblich begünstigt werden soll. Sie betreffen weiters die beträchtlichen materiellen Zugeständnisse, die ohne jedwede gesetzlichen Grundlage und gleichfalls ohne Beschlußfassung der Ausschüsse der Geistlichkeit der tschechischen Brüderkirche eingeräumt werden. Alles dies, ohne daß auch nur annähernd die schweren finanziellen Opfer ermittelt und dargelegt würden, welche die Zubilligung dieser geschehlichen Begünstigungen an die Geistlichkeit herbeiführen würde.

Zu einer Zeit, da man daran geht, die Bezüge der Staatsangestellten und Pensionisten so wesentlich zu kürzen, und in der man dieser Bevölkerungsgeschichte so enorme Opfer zumutet, versucht man, die Bezüge der Geistlichkeit in so bedeutender Weise auf Schleichwegen zu erhöhen. Dies geschieht in einer für ein demokratisches Parlament unerhörten Form.

Aus diesen Gründen protestiert der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die Eigenmächtigkeit des Berichterstatters des Budgetausschusses in der allerersten Weise und verlangt die sofortige Befestigung dieses auf so ungewöhnliche Weise zustande gekommenen, über die Beschlüsse des Budgetausschusses hinausgehenden Berichtes. Den einzigen Weg zur Sanktionierung erkliden wir, falls das Haus unserm Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung nicht beitreten sollte, in der Rückverweisung der Vorlage an die beiden zuständigen Ausschüsse.

Der Vorsitzende des Budgetausschusses, Abg. Bradat erklärt zu den Vorhaltungen des Abgeordneten Hadenberg, daß es wahr sei, daß der Referent zum § 17 so gesprochen hat, wie er seinen Referentbericht ausgearbeitet hat, was auch die Mitglieder anderer politischer Parteien bestätigen. Er behauptet, daß ihn die deutschen Kollegen als Betrüger bezeichnen. Er habe sich nie einen Beitrag zuschulden kommen lassen. Abg. Bradat wird von unseren Genossen einigemale aufgefordert, die an ihn gestellten Anträge zu beantworten. Statt dies zu tun, sammelt er in ausweichender Weise.

Abg. Dubnik (Kommunist) erklärt, daß die Verhandlung über die Vorlage begonnen wurde,

ohne daß die Mitglieder des Abgeordnetenhauses den Bericht des sozialpolitischen und Budgetausschusses bei der Hand gehabt hätten. Er protestiert auf das entschiedenste dagegen, daß der Wortlaut des § 17 im Bericht ganz anders interpretiert wurde. Dadurch wird der Sinn dieser Bestimmung in bedeutendem Maße verändert, sobald man diese Handlungsweise zum mindesten als wenig taktvoll bezeichnen muß. Er behauptet weiter, daß das Abgeordnetenhause, obwohl eines seiner Mitglieder von einem Herdenschol befallen wurde, nicht wenigstens seine Sitzung unterbrach. Was das Meritum der Vorlage anbelangt, so sei klar, daß die sozialistischen Parteien im Kampfe mit Rasin unterlegen seien.

Präsident Tomášek teilt mit, daß Abg. Anrich den Antrag überreicht habe, die Sitzung auf 48 Stunden zu unterbrechen. Dieser Antrag wird von der Koalition abgelehnt.

Ich möchte bemerken, daß das Einzige, was die Beamenschaft befriedigen kann, das ist, wenn die Regierung mit dieser Vorlage verschwindet.

Abg. G. Navratil (tsch. Nationaldem.) empfiehlt folgende Resolution der Abgeordneten Dr. Marek, Lukavský, Dr. Rosel, Stanel und Laube zur Annahme: „Die Regierung wird aufgefordert, denjenigen Staatsbeamten, welche so viel Dienstjahre, als zur Erreichung der letzten Gehaltsstufe der Rangklasse nötig sind, welche im Zeitverlaufe erreichbar ist, und welche die Stufe tatsächlich erreicht haben, weiter Angestellte, welche unter gleichen Voraussetzungen die letzte Gehaltsstufe erreicht haben, bei guter Qualifikation folgende in die Pension uneinrechenbare Entlohnungen zu gewähren, u. zw. den Beamten der Gruppe A und B zwei dreijährige Entlohnungen von 900 Kronen jährlich, den Beamten der Gruppen C und D zwei dreijährige Entlohnungen von 400 Kronen jährlich, den Beamten der Gruppe E zwei dreijährige Entlohnungen von 300 Kronen jährlich, weiter den niederen Angestellten zwei zweijährige Entlohnungen von 350 Kronen jährlich und den Angestellten zwei zweijährige Entlohnungen von 200 Kronen jährlich. Weiter den Professoren der Hochschulen, soweit sie die Versorgungsgenüsse, die den Genüssen der letzten Gehaltsstufe der vierten Rangklasse der Staatsbeamten gleichkommen, beziehen, eine Entlohnung die in die Pension uneinrechenbar ist, von jährlich 3000 Kronen in drei Jahren gewähren.“

Hierauf beantragt Abg. Laube, die Debatte zu beendigen. Unter stürmischem Protest aller Oppositionsparteien, die ihre Entrüstung über das Durchpeitschungssystem in

treffenden Zwischenrufen zum Ausdruck bringen, (Abg. Genosse Cermak: Rasins Dekret, Abg. Genosse Hollischer: So laßt Ihr Euch von Rasin kommandieren, Abg. Genosse Joll: Das ist die Maschine) wird der Antrag auf Schluß der Debatte von den Koalitionsparteien genehmigt. Als Generalredner pro wird Abg. Rasin, als Generalredner kontra Abg. Taub bestimmt.

Abgeordneter Genosse Taub

repliziert auf die Ausführungen des Abg. Bradat und bespricht die Vorgänge im Budgetausschuss, aus denen man lernt, daß in Zukunft jeder Motivenbericht dem Ausschusse unterbreitet werden müsse. Die Vorgänge der Morgenstunden seien sehr reich über die Art und Weise, wie hier parlamentarisch verhandelt wird. Wir werden aus ihnen lernen, restlos bemüht zu sein, alles daran zu setzen, um aufzudecken, was in diesem Hause vorgeht. Redner bespricht sodann die einzelnen Bestimmungen der in Verhandlung stehenden Vorlage und verweist auf die von unserer Partei gestellten Abänderungsanträge, welche die größten Härten des Gehaltentwurfes wettmachen sollen. Ganz besonders verweist er auf den Antrag, betreffend die Streichung des § 5 und Absatzes 2 § 14, welche die Ermächtigung der Regierung zum weiteren Abbau der Teuerungszulagen beinhalten, und führt Klage darüber, daß sämtliche Abänderungsanträge, ohne daß man zur Prüfung ihres Inhaltes nur eingegangen wäre, abgelehnt wurden. Wenn Sie, meine Herren, sagt Redner, auf dem Grundsatz beharren, daß Demokratie Diskussion ist, dann wäre es Ihre Pflicht gewesen, eine derartige Vorlage, wie die gegenwärtige, zur öffentlichen Diskussion zu stellen, ehe Sie sie im Hause in Verhandlung ziehen. Es hätten aber auch Vertreter der deutschen Beamten- und Angestelltenorganisationen gehört werden sollen, denn gerade die deutschen Staatsangestellten haben allen Grund, sich über die ihnen zuteil werdende Behandlung und über ihre Zurücksetzung zu beklagen. Die Beamten aber werden den Weg finden, sich das zu erkämpfen, was sie zum Leben brauchen. (Beifall.)

Der Generalredner pro, Abg. Hnidel, empfiehlt die Annahme der Vorlage. Während seiner Rede kommt es einigemale zu Lärmereien. Die Kommunisten rufen: „Schamen Sie sich nicht, das Attentat auf die Staatsangestellten zu verteidigen?“ „Eine Schande ist das.“

Damit war die Debatte beendet und es folgten tatsächliche Berichtigungen des Abg. Peterštila (d. Christlichsoz.) und Abg. Rajmann (Gewerkepartei).

Hierauf erhält das Wort der Berichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses, Abg. Malik, der der Opposition Lehren darüber erteilt, wie sie sich im Parlament benehmen soll, was neuerlich zu stürmischen Zwischenfällen

führt. Abg. Maschel: Das Parlament wird ja dem Rasin direkt ausgeliefert.

Abg. Kalina: Der Kurs der Krone sinkt.

Abg. Pabel: Das ist ein Affentheater.

Der Vizepräsident Dr. Hruban ruft die beiden letzteren Abgeordneten zur Ordnung. Als der Referent den Oppositionsparteien hervorwirft, daß sie es versuchen, die Vorlage zu Agitationszwecken auszunützen, erheben Rufe von den Bänken der Opposition: Das ist ja selbstverständlich.

Die Abstimmung.

Der Berichterstatter des Budgetausschusses Dr. Rosel erklärt, daß die Angriffe, die gegen ihn wegen seiner Resolution im Budgetausschuss vorgebracht wurden, nicht richtig seien. Präsident Tomášek erklärt sodann, daß er nach Einsicht in das stenographische Protokoll festgestellt hat, daß der Abgeordnete Blazek in seiner Rede eine Reihe von groben Beleidigungen sich habe zuschulden kommen lassen, weshalb er ihm einen Ordnungsruf erteilt.

Hierauf wird — um 11 Uhr vormittags — zur Abstimmung geschritten, die sich sehr kompliziert gestaltete, da eine Fülle von Abänderungsanträgen gestellt worden war.

Die Koalitionsparteien mit Ausnahme der Legionärabgeordneten Patejdl, David und Rada, die vor der Abstimmung den Saal verlassen haben, nehmen in erster und zweiter Lesung den Regierungsentwurf nach dem Berichte der Ausschüsse an. Die von der Opposition eingebrachten Abänderungsanträge und Resolutionen werden fast durchwegs abgelehnt.

Die Sitzung wird dann, nachdem sie über 28 Stunden gedauert hatte, um 12 Uhr 15 Min. geschlossen. Fünf Minuten später fand eine kurze formale Sitzung statt.

Die nächste Sitzung ist für Montag, den 18. Dezember, um 1 Uhr nachmittags, angesetzt.

Vor einer Parlamentsauflösung in Belgrad.

Belgrad, 15. Dezember. Nach Konfliktierung des Präsidenten der Skupschtina Lukinich betraute der König neuerlich Vasić mit der Kabinettsbildung und erweiterte hiebei das Mandat auf Ermächtigung der Auflösung der Skupschtina.

Senat.

In der Kulturdebatte des Senats am Freitag sprach auch

Senator Genosse Dr. Wiedow II.

Genosse Dr. Wiedow II. weist zuerst darauf hin, daß im vorliegenden Budget für das Unterrichtsministerium 850 Millionen ausgewiesen sind, während es im Vorjahre 974 waren. Die Zuwendungen an die deutschen Universitäten müssen direkt jämmerlich genannt werden, wie ja das deutsche Schulwesen überhaupt in diesem Staate nur Unrecht erleiden müsse.

Die deutschen Hochschulen hat man bisher bis zu einem erträglichen Maße ungeschoren gelassen. Aber es ist darauf hinzuweisen, daß notwendige Ausgestaltungen von Einrichtungen, die bestehen, nicht durchgeführt wurden. So fehlt uns eine unbedingte notwendige deutsche chirurgische Klinik. Die Zustände, die an der chirurgischen Klinik herrschen, sind geradezu haarsträubend. Vorgeblich durchsuchen wir das Investitionsbudget nach einem kleinen Beitrag für den Bau einer deutschen chirurgischen Klinik. Das Gleiche gilt für die deutsche Ohren-Klinik und insbesondere für die Poliklinik auf dem Obstmärkte in Prag. Man hat uns auch die seinerzeit der deutschen Klinik angegliederte deutsche Hebammen-Schule glatt gespart; bis heute noch existiert keine deutsche Hebammen-Schule.

Es macht den Eindruck, daß man versucht, Angelegenheiten, die eigentlich nur in die Universität und in die Technik gehören, in Zukunft betari zu lösen, daß man sogenannte Staatsinstitute schafft und damit dieses Arbeitsgebiet den Universitäten entzieht. Dadurch, daß sie Staatsinstitute werden, werden sie natürlich scheinlich und auf diese Weise werden die Universitäten indirekt geschwächt.

Redner wandte sich dann scharf gegen den Antisemitismus, den er als ganz primitiven, auf der niedersten Stufe stehenden Völkerverhaß bezeichnet: Er führt dann weiter aus:

Ich erinnere Sie daran, daß der numerus clausus in Wien so gut wie beschlossen ist. Dieses Schlagwort und der Kampf gegen die Verjudung der Universitäten ist in diesem speziellen Falle nichts als purer Reiz und Mißgunst. Als langjähriger Hochschullehrer habe ich in Wien und in Prag die Erfahrung gemacht, daß sich gerade unter den jüdischen Studenten ein größerer Prozentsatz fleißiger und wissenschaftlich inspirierter Studenten befindet und daß insoweit der jüdische Hochschüler im allgemeinen die anderen ein bißchen überträgt. Gegen diese Tatsache können wir uns nicht wehren. Das ist jedoch nicht die Ursache des Antisemitismus, es sind auch nicht die Rassenunterschiede, sondern er hat seine wirtschaftlichen Gründe. Gerade in dem Kreise, den ich beobachten konnte, befanden sich Söhne unbemittelter Leute, die ihren Studien sogar vielfach unter persönlichen Opfern oblagen. Wenn nun gegen die Juden in so höchst unkollegialer Weise gekämpft wird und zwar nicht nur gegen den jüdischen Rektor und die Professoren, sondern sogar gegen Studenten, so hat das gar keinen anderen Grund als sich durch diesen primitiven Haß gegen das andere Volk auf irgend eine Weise das Studium zu erleichtern und namentlich den Konkurrenzkampf herabzusetzen. Gegen diese Tendenzen, die so eng verflochten sind mit der politischen Reaktion, müssen wir mit allen Mitteln ankämpfen.

Genosse Dr. Wiedow II. befaßte sich dann eingehend mit dem Studentenelend in Prag und verlangte die Errichtung eines neuen Studentenheimes. Ebenso verlangte er die Unterstützung der Studentenelende.

Zum Schluß kritisiert Genosse Dr. Wiedow II. scharf das Vorgehen der Prager elektrischen Straßenbahn, die in höchst chauvinistischer Weise gegen die deutschen Studenten vorgeht. Es müsse weiters auf die Straßenbahnverwaltung eingewirkt werden, daß die Studenten bei der bevorstehenden Verteuerung der Dauerkarten nicht Schaden erleiden.

Inland.

Eine vorübergehende Episode. . . . Die Deutschnationalen und die deutschen Nationalsozialisten haben sich, nachdem sie den Deutschen parlamentarischen Verband zerlegt haben, dem deutschen Bürgertum gegenüber eine kleine Weichen als die Löwen das Tages aufspielen versucht. Mit heldenhafter Faust sind sie in diese jämmerliche Scheinorganisation hineingefahren und haben mit einem riesigen Aufwand von Lunge und Tinte ein Gebilde zerrissen, das doch von jeher so schwach war, daß jeder Windhauch es hätte auseinanderblasen können. Aber lange hat nicht einmal die Freude der Wenigen angehalten, die in dem Schritt der Kampfgemeinschaft wirklich so etwas wie eine nationale Tat erblickt hatten. Denn nachdem der Verband zerfallen war, standen die deutschnationalen Bramarbasse und diejenigen, die deren Ruhm dadurch teilten, daß sie ihnen Gefolgschaft leisteten, vor der Frage: „Was nun?“ Und da stellt es sich nun sehr bald heraus, daß man nichts, aber auch absolut nichts wußte, wodurch man eine Politik auch nur vorzulegen könnte, die sich im geringsten von der bisher geführten Politik unterscheidet. Und so ist es denn nicht zu verwundern, daß jetzt, kaum drei Wochen nach der Sprengung des Verbandes, die Abgeschwankten schon wieder gewissermaßen ihre Scheinverfechter spielen lassen, um sich das Terrain näher anzusehen, auf welchem man, wenn es

Rasín

„In den Diensten einer fremden Gruppe von Kapitalisten und Bankiers.“

Ueber den gegenwärtigen Finanzminister Dr. Rasín erzählt in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses der slowakische Abgeordnete Blazek folgende Geschichte:

„In der ersten Zeit nach dem Umsturz, als bei uns Automobile requiriert wurden, war es Dr. Rasín und mit ihm Dr. Soukup, welche sich auf diese leichte Weise auch ein Automobil für sich erwarben. In jenem einen Fall, wie im Jahre 1920 vor der Verteuerung des Tabaks Herr Dr. Rasín sich eine größere Zahl von Zigarren bei der Tabakregie noch um einem niedrigen Preis sicherte. Bekannt ist der Vorfall, wie die Frau Rasín sich zwei Freikarten erster Klasse für die Fahrt nach Karlsbad verschaffte. Herr Dr. Rasín redet gern von den Ersparnissen an Automobilen. Im Jahre 1919 im Frühjahr, als Finanzminister, unternahm Herr Dr. Rasín mit der ganzen Familie einen Ausflug in die Slowakei in zwei Staatsautomobilen, von denen eines auf dem Wege beschädigt wurde. Es war in der Zeit, da noch eine große Not an Benzin war. Und nun ein neues Beispiel: Vor drei Wochen ist der Sohn des Dr. Rasín mit einem militärischen Lastenauto zusammengefahren und hat sich beschädigt. Das Ministerium für Nationalverteidigung hat das Automobil des Herrn Dr. Rasín reparieren lassen und ihm ein neues wunderbares Personauto, geschickt, damit es der junge Rasín so lange benütze, bis sein beschädigtes Auto repariert ist. Dazu hat man ihm auch die notwendige Menge Benzin gegeben.“

Herr Dr. Rasín hat auch eine Advokatenkanzlei, die glänzend geht. Ich führe einen Fall an, welcher

seine Geschäfte als Advokat

charakterisiert. Herr Dr. Rasín hat als Finanzminister die deutschen Banken an die Wand gedrückt. Als er im Jahre 1919 aufhörte Finanzminister zu sein, kam zu ihm ein Vertreter einer großen deutschen Bank in Prag, damit er in der Sache in der er als Minister gegen die deutschen Banken aufgetreten ist, im Interesse dieser Bank als Advokat interveniere. Herr Dr. Rasín hat in diesem Falle ein Honorar von 300.000 K. genommen. Ich stelle fest, daß einer unserer Redner diesen Fall in einer öffentlichen Versammlung in Prag im Jahre 1920 erwähnt hat unter seinem Namen damals im „Pravo Lidu“ veröffentlichte und Dr. Rasín sich selbstverständlich nicht verteidigen konnte.

Herr Dr. Rasín ist ungemein fleißig und arbeitsam. Er sitzt

in einer ganzen Reihe von Verwaltungsräten mit deutschen Kapitalisten zusammen,

das verrät sein patriotisches Gewissen. Im Prager Handelskammerkongress z. B. ist Herr Dr. Rasín im Verwaltungsrat der Jüdischen Bank, der Zuckerfabrik Schöeller und Comp., der Ersten böhmischen Rückversicherungsanstalt, der Firma Medita, Mitglied des Vorstandes der böhmischen Jüdischen Handelsbank, Geschäftsführer der Südböhmischen Kohlenverwerksgesellschaft und Geschäftsführer einer Gesellschaft für Elektrizitätsunternehmungen. Außer dem Vorort der Prager Kammer ist der Herr Dr. Rasín in den Verwal-

notat, wieder einmal zu dem Fährlein der Verlassenen stoßen konnte. Der deutschnationalen Senator Hartzl hat in den letzten Tagen eine Reihe von Verfassungen abgehalten, in denen er sich mit der Auflösung des parlamentarischen Verbandes beschäftigte. In dem Bericht, den wir darüber in einem deutschbürgerlichen Blatte finden, finden sich folgende zwei charakteristische Sätze:

„Im übrigen muß, wie schon gesagt, der übertriebenen Einschätzung dieses Ereignisses, in dem ich nichts als eine vorübergehende Episode erblicke, mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.“

Und dann schloß Hartzl:

„Vor allem bin ich der festen Überzeugung, daß sich im nationalen Abwehrkampf die deutschen Parteien auch künftighin in Einigkeit und Entschlossenheit zusammenschließen werden.“

Das also ist der riesengroße grundsätzliche Unterschied zwischen der Politik der Arbeitsgemeinschaft und jener der Kampfgemeinschaft, welche es gar nicht erwarten konnte, bis sie sich zur Rettung des deutschen Volkes auf eigene Füße stellte. Eben erst war die Sprengung des Verbandes noch eine historische und notwendige Tat und schon kommt einer der Führer der Kampfgemeinschaft und warnt „vor übertriebener Einschätzung des Ereignisses“. Jetzt sind uns die Herren hoffentlich nicht mehr böse darüber, daß wir die Spaltung der deutschbürgerlichen Parteien von allem Anfang an nur als eine „vorübergehende Episode“ bezeichnet haben. Der Unterschied besteht nur darin, daß nach unserer Meinung sich die deutschen Parteien dann wiederum in Einigkeit zusammenschließen werden, wenn es dem sozialen Abwehrkampf gilt, das heißt, wenn sie wiederum ihre Einheitsfront gegen das Proletariat und seine Forderungen schließen werden.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

lungenstraten einiger überwiegend deutschen Geschäften unter denen ich die Firma Schicht anführe.

Ich will noch eine bemerkenswerte Sache anführen. Der Finanzminister der tschechoslowakischen Republik

Dr. Rasín ist Rechtsvertreter einer englischen Bankengruppe,

zu der auch der Londoner Jude Rothschild gehört. Bedenken Sie nun, daß mit dieser Gruppe auf Veranlassung und unter der Führung des Herrn Dr. Rasín die tschechoslowakische Republik gewaltige Anleihen im Betrage von Milliarden aufnimmt. Genau so die Stadt Prag. Die englische Anleihe im Betrage von 2 1/2 Milliarden, welche vor einem Jahre abgeschlossen wurde, wurde unter sehr ungünstigen Bedingungen getätigt. Die englischen Bankiers hatten einen Gewinn von mehreren Zehnmillionen. Die Anleihe war zu einem Kurse von 50 Ké für den Dollar abgeschlossen. Zu diesem Kurse vermittelte Dr. Rasín die Anleihe, welcher schon damals seinen Einfluß ausübte, um den Kurs der Krone in die Höhe zu treiben und der schon damals damit rechnete, daß die Krone bis zur Höhe des französischen Frankens steigen werde. Wie können wir uns erklären, daß er die englische Anleihe mit einem Kurs von 50 Kronen für den Dollar abschloß? Bei dem heutigen Kurse der Krone sind wir

bei dieser Anleihe um eine Milliarde geschädigt.

Da Herr Dr. Rasín die Krone noch höher treiben wollte, mußte er mit einer noch größeren Schädigung des tschechoslowakischen Staates im Interesse der englischen Banken rechnen, der Banken, deren Rechtsvertreter er war und noch bis heute ist.

Wir müssen annehmen daß Herr Dr. Rasín, der auch in Wirklichkeit Finanzminister war, da Herr Rowal es offiziell war, als, als Rechtsvertreter der englischen Bankengruppe das Interesse des tschechoslowakischen Staates an seine, den Aktionären der Großbanken entstammende Mittel preisgab.

Nicht nur wir sind es, welche diese Behauptung aufstellen. Es ist dies auch der Finanzreferent der Stadt Prag, welcher gerade dieser Tage die Art kritisierte, wie

die Stadt Prag die Anleihe mit derselben englischen Bankengruppe abschloß.

Und er erzählte dem Herrn Dr. Rasín, daß er den englischen Banken als seinen Klienten Ratsschläge zu Ungunsten der Prager Gemeinde gab. Das ist etwas Furchtbares was wir hier sehen und ich erkläre, daß dies nur bei uns möglich ist, daß ein Mensch, welcher über die Finanz- und Wirtschaftspolitik dieses Staates entscheidet, gleichzeitig

in den Diensten einer fremden Gruppe von Kapitalisten und Bankiers

sitzt, welche aus diesem Staat möglichst viel Nutzen ziehen will, welche Summe an Barmare der Herr Dr. Rasín von den englischen Banken bekam, wird er uns nicht sagen. Wie viel er in den englischen Banken niedergelegt hat, werden wir auch nicht erfahren.“

Aktive Reparationspolitik.

Berlin, 16. Dezember. (Eigenbericht.) Die Regierung hat heute führende Persönlichkeiten aus der Hochfinanz und großen Industrie empfangen und mit ihnen über die Reparationsfrage beraten. Das Reichskabinett hat sich in einer Sitzung mit den Vorschlägen Bergmanns befaßt. Ueber die angelegliche Absicht Amerika in die Reparationspolitik aktiv einzugreifen, liegen vorläufig keine amtlichen Meldungen vor. Offiziell wird mitgeteilt, daß man sich solange größte Zurückhaltung aufzulegen müsse, solange keine amtlichen Berichte eingelangt sind. Nachmittags hat der Kanzler die Parteiführer empfangen, die Besprechungen hatten jedoch vertraulichen Charakter, doch erfährt man, daß die Erklärung sich auf die Wiederholung dessen beschränkte, was bereits durch die Presse gegangen ist. Der Kanzler erklärte, daß die Regierung aktive Reparationspolitik treiben werde und möglichst konkrete Vorschläge formulieren wolle. In den nächsten Tagen wird die Regierung mit den Vertretern der Wirtschaft weiter verhandeln. Man hofft allgemein auf ein günstiges Ergebnis, besonders da verläutet, England habe sich mit Belgien dahin geeignet, gemeinsam für eine Verständigung in der Reparationsfrage zu wirken.

Weiteres Sinken der ausländischen Wäluen.

Berlin, 16. Dezember. (Eigenbericht.) Die optimistische Auffassung der außenpolitischen Lage hat weiter auf den Devisenmarkt eingewirkt. Die Kurse der ausländischen Wäluen setzten bedeutend tiefer ein als gestern und verfolgten weiter eine absteigende Tendenz. Der Dollar fiel von 7406 auf 6334, das englische Pfund von 34.513 auf 29.426, der Schw. Frank von 1396 auf 1216 und die tschechische Krone von 222 auf 189 Mark.

Gebrechen der Sozialpolitik in der Pragis.)

Eine besondere Vernachlässigung der Schutzvorschriften für die Arbeiter stellt der Bericht des Zentralgewerbeinspektors bei Bauten fest. Es wird hier oft mit einem Leichtsinne vorgegangen, den man nicht für möglich halten sollte. So wurden in der Höhe des zweiten Stockwerkes bei einem Neubau statt der Träger im gewöhnlichen Ausmaß von 15/15 Zentimeter gewöhnliche Bretter gebraucht, auf denen dann andere Bretter aufgelegt, welche die Arbeitsstätten bildeten. In den gefährlichen Stellen mangelt es vielfach an Geländern, sodas das geringste Schwanken beim Gehen eine Katastrophe herbeiführen kann. Das ärgste Uebel auf den Bauten ist aber die mangelhafte Einrichtung der Aborte. Auf einem Bau in Prag war für 86 Arbeiter ein einziger Abort vorhanden, auf einem anderen Bau für 150 Arbeiter, darunter 12 Frauen, gleichfalls nur ein einziger Abort. „Die Errichtung von Pissoirs betrachtet man auf den Bauten als eine überflüssige Sache“ — muß der Inspektionsbericht selbst zugeben. (S. 30.) In der Industrie ist es, um dies gleich vorwegzunehmen, nicht anders. Es kann im allgemeinen gesagt werden, daß in allen Branchen der Industrie die Aborte vollständig vernachlässigt und in einem so furchtbaren Zustand sind, daß ihre Benutzung völlig ausgeschlossen ist. Die Reinhaltung der Aborte wird den Arbeitern dadurch unmöglich gemacht, daß diese völlig dunkel sind. Die Fabriksverwaltungen sehen „Aborte und ihre Reinhaltung als eine sehr untergeordnete Sache an“. (S. 66.) Das geht soweit, daß man Aborte sogar für eine völlig überflüssige Einrichtung betrachtet wie in mehreren Fällen in Karpatenrußland oder in einer großen Glasfabrik im Bistritzer Bezirke (Slowakei), wo die Betriebsverwaltung zwar Wohnhäuser für Arbeiter erbaute, aber die Errichtung von Aborten einfach unterließ. So wird den primitivsten hygienischen Bedürfnissen im 20. Jahrhundert entsprochen!

Ähnlich der Vernachlässigung der Schutzmaßnahmen auf den Bauten sind die Verhältnisse in den Ziegeleien. Durch das Untergraben des Bodens werden die Defen dem Einsturz nahegebracht und das Leben der Arbeiter ernstlich gefährdet. Die Wege sind nicht durch Geländer gesichert, die Brunnen nicht zugedeckt. Trod dem sieht oft die schwersten Unglücksfälle ereignen, lassen sich die Ziegeleiverwaltungen eines Besseren nicht belehren. Vor zwei Jahren sind in einer Ziegelei auf diese Weise zwei Arbeiter ums Leben gekommen, trotzdem hat sich dort nicht das geringste geändert. In einer anderen Ziegelei brach das Brett, das über einen Steg führte, gerade in dem Augenblicke zusammen, da der Betriebsleiter dem Gewerbeinspektor versicherte, das Brett sei verlässlich und es könne absolut nichts geschehen! In den Steinbrüchen wieder wird von den Betriebsverwaltungen mit dem Schutzmaterial in so unverantwortlicher Weise umgegangen, daß es die Arbeiter nur ihrer Vorsicht zu verdanken haben, wenn nicht massenhaft Unglücksfälle geschehen. In einem Steinbruch wurden die Explosivstoffe in der Kanale aufbewahrt, wo geheizt wurde, vier Beamte ständig rauchten und die Zündhölzer einfach auf den Boden warfen. In einem anderen Falle war das Explosivmaterial im Keller eines vierstöckigen Hauses untergebracht, wobei dort Luftig geraucht und mit dem Licht in der unvorsichtigsten Weise hantiert wurde. Derjenige, der für die Handarbeit oft nur Verachtung übrig hat, ahnt nicht, unter welchen täglichen und stündlichen Gefahren der Arbeiter die für die menschliche Gesellschaft unumgänglich notwendigen Arbeiten verrichtet.

Mit großem Interesse wird jeder das Kapitel vornehmen, das vom Achtstundentag handelt. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die achtstündige Arbeitszeit sich in der Industrie durchgesetzt hat und eingehalten wird. Der Bericht selbst führt dies auf die Tätigkeit der Arbeitervertrauensmänner zurück. Dagegen gehören die Uebertretungen des Achtstundengesetzes, dieser wichtigsten Errungenschaft der Arbeiter nach dem Kriege, im Kleinergewerbe durchaus nicht zu den Seltenheiten. Die Kleinergewerbetreibenden übertreten das Gesetz zumeist wesentlich und die in schwacher Zahl vorhandene Arbeiterschaft sieht oft der Ueberstundenarbeit monatelang zu, ohne den Mut zu einer Beschwerde an das Gewerbeinspektorat aufzubringen. Unter solchen Umständen erlaube die wöchentliche Arbeitszeit bis 66 Stunden. Wie weit die Verwegenheit der Kleinergewerbetreibenden geht, ist daraus ersichtlich, daß sie in einem Falle vom Gewerbeinspektor die Abschaffung des Achtstundengesetzes forderben (Kremsier) und sogar ein Abgeordneter diesbezüglich intervenierte. Es wäre interessant zu erfahren, wer dieser menschenfreundliche Volksvertreter ist. Am ärgsten litten unter diesen Ausschreitungen profitulüsterne Unternehmer die Lehrlinge, bei denen die Gewerbeinspektoren eine Arbeitszeit bis zu 14 Stunden täglich feststellten. Als Muster werden dagegen die Arbeiter in einem Brüner Textilbetrieb hingestellt, die erklärten, daß sie nur solche Ueberstunden arbeiten, deren behördliche Bewilligung im Betrieb plattariert wird. Das Verbot der Nacharbeit wurde — so sagt der Bericht — im allgemeinen eingehalten. Ausnahmen hie von wurden nur in seltenen Fällen beobachtet. Die Nacharbeit der Frauen jedoch war durchgängig verboten, Ausnahmen wurden nicht gestattet. In der Slowakei mußte im Bistritzer

*) Siehe den vorangegangenen Aufsatz „Sozialpolitische Gebrechen“.

Gegen den Völkermord.

Eine Entschliebung des Weltfriedenskongresses.

Haag, 16. Dezember. Nachdem der Weltfriedenskongress mit allen gegen die russischen Stimmen die Resolution gegen die Besetzung des Ruhrgebietes angenommen hatte, brachte Finnland eine Resolution der Gewerkschaftskommission ein. Darin heißt es u. a.

Eine dauernde und energische Propaganda für den Frieden und gegen den Militarismus und Imperialismus müsse organisiert werden. Die Arbeiterbewegung müsse sich jedem Krieg, der in Zukunft drohen oder ausbrechen sollte, mit allen verfügbaren Mitteln widersetzen und den wirklichen Ausbruch von Kriegen durch Proklamierung und Durchführung des allgemeinen internationalen Streiks verhindern. Ferner müsse die Arbeiterbewegung die Fabrikation und

Versendung jeden Kriegsmaterials kontrollieren und eine Propaganda führen, damit in naher Zukunft die Fabrikation und Versendung von Kriegsmaterial überhaupt unmöglich werde. Bei Konflikten müsse die Schiedsgerichtliche Entscheidung zwischen den beteiligten Ländern obligatorisch werden. Die Arbeiterbewegung müsse danach trachten, die Schaffung eines wahren Völkerbundes zu fördern. Der Weltfriede werde erst dann als gesichert gelten, wenn die gegenwärtige kapitalistische Produktionsmethode der individuellen Gewinne durch eine Produktionsmethode ersetzt werde, die den Interessen der Allgemeinheit entspricht. Auch diese Resolution wurde darauf gegen die Stimmen der Russen angenommen.

Nähe von Prag sind vier Wohnhäuser für Ziegeleiarbeiter, wo in 18 Räumlichkeiten 15 Familien leben. Die Wohnungen sind feucht, die Fenster ohne Glas, die Türen zerbrochen, der Fußboden aus Ziegeln. Auf dem Gang in der Decke war ein Loch, durch das es hereinregnete. Wenn man eine Tür aufmachte, herrschte eine unerträgliche Zugluft, die Wohnungen waren nicht zu erhitzen. Für alle 15 Familien gab es drei Aborte. Zum Kochen mußten die Leute das Wasser aus einem entfernten Bach holen. In Karpatenrußland wurden nahe einer Gießerei Arbeiterwohnhäuser „entdeckt“, deren Dächer löcherig waren und wo es in die Wohnungen regnete. Die Dächer mußten gestützt werden, damit sie nicht einstürzten. Schließlich wurden die Leute mit Gewalt aus den Wohnungen gejagt, damit sie nicht unter den Trümmern ihres „trauten Heimes“ begraben werden.

Am drückendsten ist beim Lesen dieser empörenden Zustände das Gefühl, daß der Bericht nur mangelhaft ist, daß es sich bei diesen Beispielen nicht um vereinzelte, sondern um Massenerscheinungen handelt, daß in der tschechoslowakischen Republik, die sich auf ihre Sozialpolitik so viel zu Gute hält, die Arbeiter ärger als in der Wildnis leben müssen, ohne die Errungenschaften der so hoch entwickelten technischen, hygienischen und ästhetischen Kultur der Gegenwart sich aneignen zu können. Auch die Arbeiter in der Tschechoslowakei sind wie die Arbeiter überall in der republikanischen Ordnung dazu verurteilt, Güter zu erzeugen, alles zu schaffen, auf Grund dessen die Besitzenden ein Leben voller Ganz, Pracht und Bequemlichkeit führen, ohne daß sie von dem, was sie erzeugen, auch nur das geringste besitzen können. Zehntausende von Arbeitern können nicht wie Menschen leben. Für die große Masse der Arbeiter bedeutet erst der Sozialismus den Sprung aus dem Reich tierischen Daseins in das Reich der Menschlichkeit.

Kleine Chronik.

Eine Brücke über den Kleinen Belt soll von einer Privatgesellschaft errichtet werden. Ein Konsortium hat bereits einen vollständigen Plan ausgearbeitet, nach dem der Bau der 800 Meter langen Brücke 15 Millionen dänische Kronen kosten soll. Die Brücke soll von beiden Küstenseiten aus auf Pfeilern gebaut werden und in der Mitte einen dreieckigen Pfeiler erhalten, so daß auch größere Schiffe den Kleinen Belt, der bekanntlich die Insel Fünen von Jütland trennt, und an seiner schmälsten Stelle etwa 600 Meter breit ist, passieren können. Gleichzeitig wird die Möglichkeit erwogen, einen Kanal durch Jütland von Arding bis Esbjerg zu bauen.

Der Militärkommandant von Südböhmen bei einem Autounfall tödlich verunglückt. Wie „Din Mail“ meldet, wurde der Militärkommandant des südlichen Distriktes Englands Sir Montague Soper bei einem Autounfall getötet.

Nach fünf Jahren aufgefundenem Mörder. Im Walde von Herbyheim bei Saargemünd fanden Waldarbeiter im blauen Gestrüpp ein menschliches Gerippe, das an Hand verschiedener Beigaben als die Überreste eines seit 1917 vermißten britischen Fliegeroffiziers identifiziert wurde. Der Flieger war damals mit einem Fallschirm aus dem brennenden Flugzeug gesprungen, aber alles Nachsehen der deutschen Behörden vermochte keine Spuren aufzufinden, so daß schließlich angenommen wurde, er sein unerkannt entkommen.

Eine ansehnliche Verbrechenjagd. Bei einer Jagd über Straßen und Dächer hat der Polizeidirektor von Toulon das Leben eingebüßt. Zwei Polizeiganganten hatten auf dem Marktplatz einen angeblichen Krankenwärtner namens Delval verhaftet, der wegen eines Verbrechens schon seit langem gesucht worden war. Delval ließ sich auch ruhig festnehmen und auf die Polizei führen. In der Tür des Polizeibüros angekommen, fragten die Beamten den Verhafteten nach seinem Namen. Dieser griff in die Tasche, holte mit der Linken seiner Militärjacke heraus, und mit der Rechten eine automatische Pistole, die er auf die Agenten richtete. Diese waren so überrascht, daß sie ihn losließen und eine wilde Jagd begann. In ihr beteiligten sich alle verfügbaren Polizisten und ein Teil des Publikums. Dem Verfolgten gelang es, sich mit außerordentlicher Geschwindigkeit an einer Dachrinne in die Höhe zu arbeiten und seine Flucht auf dem Dach fortzusetzen. Der Polizeidirektor Blanc folgte ihm mit einem Revolver dorthin nach, stürzte aber, von einem Schuß getroffen. Der dramatische Kampf fand erst nach einer Stunde mit der Verhaftung Delvals sein Ende.

es sich, daß zwischen den Nationalsozialisten und allen anständigen, klassenbewußten Arbeitern reinlichste, peinlichste Scheidung notwendig ist. Dessen mögen sich auch die kommunistischen Arbeiter erinnern, deren Vertrauensmänner (siehe zuletzt Baumhauer) bekanntlich ein fallweises Zusammenarbeiten mit den Feindhänden der Bourgeoisie für möglich und notwendig halten.

Die Verstaatlichung der Gesundheitspolizei und der kommunalen Polizeiamter. Im Auftrage des Bundes des deutschen Selbstverwaltungskörper sprach am 15. Dezember eine Abordnung unter der Führung des Genossen Cermak beim Gesundheitsminister Dr. Schramel vor, um festzustellen, in welcher Weise, von wem und in welcher Höhe nach dem 1. Jänner 1923 bis zur vertragmäßigen Übernahme der einzelnen Bezirke durch den Staat die Gehaltsbezüge der bisherigen Distrikts- und Gemeindegärte ausgezahlt werden sollen. Der Minister erklärte, nach seiner Anschauung seien die Bezirke und Gemeinden verpflichtet, die bisherigen Bezüge der Distrikts- und Gemeindegärte auch nach dem 1. Jänner 1923 bis zur vertragmäßigen Übernahme der Bezirke durch den Staat vorzuschußweise zu leisten, da die zweimonatige Frist zur Annahme der Bezirke für die Übernahme erst am 1. Jänner 1923 zu laufen beginnt und die Bezirke und Gemeinden nach dem Gesetz auch weiterhin jene Bezüge zu leisten haben werden, um welche die derzeitigen Gehaltsbezüge der Distrikts- und Gemeindegärte die zu vererbenden künftigen Gehaltsbezüge überschreiten. Demgegenüber erklärten die Vertreter des Bundes der deutschen Selbstverwaltungskörper, daß nach Anschauung des Bundes vom 1. Jänner 1923 ab die Bezirke und Gemeinden im allgemeinen keine Gehaltsbezüge, Pensionen usw. für die bisherigen Distrikts- und Gemeindegärte mehr zu leisten haben und daß eine Verpfändung der Gemeinden zur Leistung von Vorschüssen ohne gesetzliche Grundlage wäre. Die Bezirke und Gemeinden könnten die Leistung von Vorschüssen auf zwei Monatsraten vielleicht nur dann in Erwägung ziehen, wenn von der Regierung eine bindende Zusage vor einer kurzfristigen und vollen Rückzahlung der Vorschüsse gegeben wird. Der Minister beharrte demgegenüber auf seinem Standpunkt, worauf ihm die Abordnung ein Memorandum überreichte, worin der Rechtsstandpunkt des Bundes ausgeführt wird, verbracht aber ausdrücklich von der Abordnung dargelegten entsetzlichen Schwerepunkten bei der Abfassung der Durchführungsverordnung auf die vorgetragenen Einwendungen möglichst Bedacht zu nehmen. Da die Einkünfte des Ministers unzureichend erschienen, wird der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper noch vor Ablauf des Jahres in einer weiteren Vorrede den Standpunkt der Bezirke und Gemeinden dem Gesundheitsminister darlegen. — Dieselbe Abordnung sprach am 15. Dezember 1922 beim Minister des Innern Rathpe vor, um, trotz des grundsätzlichen Proktes des Bundes gegen die Verstaatlichung der Polizei, über einige mit der Verstaatlichung der kommunalen Polizeiamter zusammenhängende Fragen Klarheit zu schaffen. Ueber Anfrage erklärte der Minister zum- daß die Aktion der Verstaatlichung der kommunalen Polizeiamter nach Jährlöh der hierfür budgetmäßig vorgesehenen Mittel fortgesetzt werden soll. Soweit es möglich sei, werden alle bisherigen kommunalen Angestellten der verstaatlichten Polizeiamter vom Staat übernommen werden. Die Frage, was mit jenen definitiven Gemeindegangestellten zu geschehen habe, welche vom Staat nur provisorisch übernommen und später entlassen werden, beantwortete der Minister dahin, daß er sich über diesen Fall informieren und hierauf seine Antwort bekanntgeben werde. Eine provisorischen Gemeindegangestellten, die vom Staat ebenfalls nur provisorisch übernommen werden, haben nach seiner Anschauung keine weiteren Ansprüche gegen die Gemeinden. Der Minister erklärte weiter, daß die Kosten, welche den Gemeinden daraus erwachsen werden, daß sie für jene Arbeiten im eigentlichen Verwaltungsdienste, welche bisher von den Polizeigenossen besorgt wurden, nach der Verstaatlichung der Polizeiamter anderweitige Vorsorge treffen müssen und die Ausgaben für die Gehaltsbezüge der vom Staat nicht übernommenen kommunalen Polizeiangestellten, für die die Gemeinde eine entsprechende Verwendung nicht hat, — daß diese Kosten bei der Durchführung der Vertragssetzung der Gemeinden für die verstaatlichten Polizeiamter entsprechend angerechnet werden können. Der Minister sagte weiter zu, daß künftighin die Gemeinden eine angemessene Zeit vorher von der geplanten Übernahme der kommunalen Polizeiamter werden verständigt werden. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper wird außerdem noch einige einschlägige Forderungen neuerlich dem Minister des Innern schriftlich vorlegen.

Nachklänge zur Hinrichtung der griechischen Minister. In Rom trafen griechische Flüchtlinge ein, unter ihnen frühere Minister, Generale und Präfeiten, die mitteilen, daß die Witwe des Ministers Stratos infolge der Hinrichtung ihres Mannes schwer erkrankt, seine Tochter geistesverwirrt und seine achtjährige Mutter bettlägerig sei, infolge einer Verwundung, die sie erlitten habe, als die die Hinrichtung vollziehende Truppe sie von dem zu erschießenden Sohn wegriff. Die Flüchtlinge erzählten, das revolutionäre Komitee hänge von den Extremisten ab, das sich zum größten Teil aus Unteroffizieren zusammensetze wie die russischen Sowjetfunktionäre.

Christlichsozialer Quartierverein gegen die Eröffnung des Wiener Krematoriums. Aus Wien, 16. Dezember, wird uns gemeldet: Im

Tages-Neuigkeiten.

Die Fabrikantengelder der Gelben.

Die bayerischen Nationalsozialisten erhalten riesige Unterstühtungen vom bayerischen Industriellenverband.

Die bayerischen faschistischen Nationalsozialisten, die unter Führung des berühmten Demagogen Adolf Hitler stehen, erhalten bekanntlich in der letzten Zeit eine ungeheure Propagandafähigkeit. Es war für denjenigen, der die Strukturlosigkeit der Gelben in der Wahl ihrer Mittel und Wege kennt, von vornherein klar, daß die bayerische Halenkreuzerbewegung, in der abgewohnten Weise aller Nationalsozialisten, sich jedenfalls nur von den Gelben der Kapitalistenklasse erhalten kann, in deren Interesse zum größten Teile ja auch die ergroßartige arbeitserföndliche Bewegung der bayerischen Nationalsozialisten liegt.

Nun veröffentlicht die demokratische Presse Deutschlands Nachrichten, aus denen vollkommen klar hervorgeht, daß Hitler, seine Leute und die von ihnen entzündete und geschürte blutbesiedelte Bewegung durch ungeheure Unterstühtungen der Kapitalisten und zwar des bayerischen Industriellenverbandes gefördert werden. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Mitteilung der „Süddeutschen demokratischen Korrespondenz“ unter dem Titel: „Die Millionen der Nationalsozialisten“. — „Hitlers Geldgeber vom bayerischen Industriellenverband“. Aus dem Inhalt dieses Berichtes geht hervor, daß Dr. Kublo, geschäftsführender Präsidialmitglied des bayerischen Industriellenverbandes, auf der Jubiläumstagung dieses Verbandes gegen die Berücksichtigung der zwischen dem bayerischen Industriellenverband und den Nationalsozialisten finanziellen Beziehungen dieser Herr Dr. Kublo hat sich damals begreiflicherweise sehr unklar ausgedrückt und nun verlangt die genannte Korrespondenz von ihm in sehr deutlicher Weise nähere Auskunft. Die Beziehungen zwischen dem Verband und den Nationalsozialisten werden nun ganz klar dahin festgestellt,

„daß zwischen prominenten, sehr einflußreichen und ihm (dem Dr. Kublo) sehr gut bekannten Mitgliedern des Industriellenverbandes und sehr feingehöhen und großzügigen Geldgebern des Herrn Hitler Personalunion besteht. Bestreitet er, daß er als der maßgebende Mann des Industriellenverbandes und ein ihm auch wohlverwandtschaftlich sehr nahestehender Herr zu diesen Geldgebern gehören? Oder versucht er eine Abseugung damit zu begründen, daß die Gelder vielfeich nicht unmittelbar der Hitler-Garde, sondern anderen Organisationen, über die näheres mitzuteilen, heute nicht Zeit und Stunde ist, zugeleitet werden? Bestreitet Dr. Kublo, mit Hitler persönlich verhandelt zu haben, als dem erstorenen Führer einer faschistischen Schutztruppe gewisser Unternehmerkreise, denen die Angst vor dem Marxismus die ruhige Ueberlegung geraubt hat? Auf alle diese Fragen erhöhen wir präzise Antwort. Dr. Kublo wird im eigenen Interesse und im Interesse des von ihm vertretenen Verbandes nicht umhin können, mit aller Klarheit Aufklärung zu geben. Ein Schwerepunkt hinter dem industriellen Verband als solchen, von dem wir wissen, daß er durchaus nicht in seiner Gesamtheit mit den Ideen und Plänen des Herrn Kublo identifiziert sein will, nicht hier nicht. Hier muß Dr. Kublo selbst Klarheit bekennen.“

Die weit der bayerische Industriellenverband selber sich mit den Ideen und Taten des Herrn Dr. Kublo und den Geldgebern identifiziert, ist für uns nicht wesentlich. Entscheidend ist für uns die Tatsache, daß die bayerischen Großkapitalisten die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland mit Millionen unterstützen und daß also dieser Vorwurf der internationalen Reaktion, der es versucht, verdröndete Arbeiter in sein Schlepptau zu nehmen, seine widerwärtigen Pläne mit dem Gelde der Fabrikanten fördert und ausführt. Die Deutsche Gelben hier zu Lande machen bekanntlich die Sache des von Industriellen getauften Hitler ganz zu der ihren. Wir haben ja dieser „Arbeiter“-Partei wiederholt nachgewiesen, daß sie von den Gnaden und den Geldern der Industriellen lebt. Nun liegt oben ein neuerlicher Beweis vor, daß die Gelben überall nichts anderes sind als der Vorspann gewisser Unternehmerkreise, die in ihrer „Angst vor dem Marxismus“ zu jedem Mittel, auch zu den schmutzigsten, korruptesten Mitteln greifen. Immer wieder erteilt

Laufe dieser Woche sollte das von der Gemeinde Wien errichtete Krematorium in Verwendung genommen werden. Die Christlichsozialen haben dagegen eine Hebe begonnen, die ganz offen vom Wiener Kardinal veranlaßt wurde. Heute hat der Bundeskanzler an den Landeshauptmann Genossen Neumann die Weisung erlassen, die Eröffnung des Krematoriums zu verbieten. Nun ist aber die Rechtslage so, daß nach der Verfassung die Verdringung nicht in die Kompetenz des Bundes, sondern des Landes fällt, so daß der Bundeskanzler keine diesbezügliche Verfügung erlassen kann. Infolgedessen ist es ausgeschlossen, daß sich die Gemeinde Wien fügen wird. Zumindest wird sie eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof richten, der die Verfügung des Bundeskanzlers aufheben muß.

Der Begründer der ukrainischen Sozialdemokratie Eugen Puzsa ist am 13. Dezember gestorben. Puzsa war lange Jahre Redakteur des Zentralorgans der ukrainischen Sozialdemokratie „Vpered“ und Sekretär der Partei. In ihm verliert die ukrainische Sozialdemokratie einen ihrer besten Kämpfer.

Flüchtlingsausweisungen aus Polen. Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen wonach alle auf nicht legale Weise nach Polen gekommene Flüchtlinge bis zum 1. März 1923 in ihre Heimat zurückbeordert werden sollen.

Sassenbach, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Das Mitglied des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Sassenbach ist als dritter Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Amsterdam berufen worden. Sassenbach wird dem Rufe Folge leisten.

Fahrtbegünstigungen für Arbeitslose. Das Eisenbahnministerium hat im Einvernehmen mit dem Ministerium für soziale Fürsorge zugestanden, daß die eine Befähigung sich bewerbenden beschäftigungslosen Arbeiter, die von der Arbeitsvermittlungsstelle an einen bestimmten Arbeitgeber gewiesen werden, auf allen Eisenbahnen der Tschechoslowakischen Republik in Personenzügen 3. Klasse gebührenfrei zu Lasten des Ministeriums für soziale Fürsorge befördert werden. Die Begünstigung gilt nur zur Hinfahrt, falls bekannt ist, daß der Arbeiter vom betreffenden Arbeitgeber bereits aufgenommen wurde. Sie gilt aber auch zur Rückfahrt in den ständigen Wohnort des Beschäftigten, falls der Arbeitslose vom Arbeitgeber nicht akzeptiert wurde.

Eine Kanone für das „Großherzogtum Luxemburg“. Mit einem Offizier und der entsprechenden Begleitmannschaft ist dieser Tage ein 75-Millimeter-Beschütz von Metz nach Luxemburg abgegangen. Es handelt sich dabei nicht etwa um kriegerische Absichten des großherzoglichen Zwergstaates, sondern um einen friedlichen, aber überaus wichtigen Zweck. Die Großherzogin von Luxemburg steht nämlich unter Freunden entgegen. Da die großherzogliche Armee aber nicht über Artillerie verfügt, so hat sich die Regierung an Frankreich gewandt und gebeten, ihr ein Geschütz zur Verfügung zu stellen, damit die Geburt des zu erwartenden Sprösslings des großherzoglichen Hauses mit dem gebührenden Salut begrüßt werden könne. Der französische Kriegsminister Maginot hat dem Ersuchen sofort entsprochen und das in Metz liegende 61. Artillerie-Regiment mit der ehrenvollen Aufgabe betraut, die Salutkanone zu liefern. Was wir mitteilen, um den Arbeitern zu zeigen, von welchen Sorgen der französische Kriegsminister und Ihre Hoheit, die Frau Herzogin, beschwert sind.

Chauvinismus in der Kunst. Aus München kommt die Nachricht, daß dort Henry Marteau an der Abhaltung eines Konzertes behindert wurde. Henry Marteau, einer der berühmtesten unter den lebenden Geigern, ist französischer Abstammung und aus diesem Grunde allein haben die Münchener Chauvinisten und Hakenkreuzler diesen Künstler von Welt-ruf am Geigen geindert. Während die Musiker aller-

Unter der fasziistischen Diktatur.

Manie für Nordbrüder. — „Nationale Sicherheitsmi.“ — Das Wahlrecht.

Rom, 16. Dezember. Der Ministerrat hat beschlossen, noch vor Weihnachten für alle straffbaren Handlungen, die durch die fasziistische Revolution veranlaßt wurden, eine Amnestie zu erlassen.

Heute nachmittags hielt der oberste Rat der Faschisten eine Beratung ab, bei der auch Ministerpräsident Mussolini zugegen war. Es wurde die Umwandlung der fasziistischen Milizorganisation in eine neue Truppe beschlossen, die den Namen „Nationale Sicherheitsmi.“ erhalten und direkt Mussolini unterstellt werden soll. Ihr Statut ist binnen zwei Tagen fertigzustellen. Der oberste Rat beschloß neuerlich, den

Proporz durch die Mehrheitswahl zu ersetzen unter Beibehaltung des Proporz für die Vertretung der Minderheiten. Generalsekretär Bianchi schlug vor, der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen 2/3, der Minderheiten 1/3, statt wie bisher vorgeschlagen war, zwei Drittel zuzuwenden. Demnach verbleibt nur ein Viertel der Mandate für die Minoritäten. Die Festsetzung des Zeitpunktes für die Neuwahlen wurde Mussolini überlassen. Die nationalen Gewerkschaften werden von nun an fasziistische Gewerkschaften heißen.

Länder sich zusammenschließen, um im internationalen Austausch der hervorragendsten Werke und Künstler den längst geschlossenen Kunstfrieden auch äußerlich zu betonen, will man im nationalfasziistischen München durch Umbauarbeiten und Hof der Kunst immer weitere Kreise anlegen.

Preisherabsetzung für Gebäck in Böhmen. Das Ministerium für Volksernährung teilt mit: In der Beratung, die am 9. Dezember d. J. auf Anregung dieses Ministeriums stattfand, wurde mit den Vertretern der Bäcker aus Böhmen das Einvernehmen erzielt, daß mit 11. Dezember d. J. die Bäder gleich den Großbäckereien ungesteuertes Gebäck (Zemmel) das Stück im Normalgewichte von 48 Gramm nach dem Ausbäcken zu 20 Heller verlaufen. Bezüglich des Brotes und des bestreuten Gebäcks wurden die Verhandlungen noch nicht beendet. Die Preise für Luxusgebäck bleiben vorläufig unverändert.

Die Gast- und Rastehäuser am Heiligen Abend. Die Gast- und Rastehäuser in Prag haben sich mit der Gewerkschaft dahin geeinigt, daß am Heiligen Abend die Gasthäuser um 3 Uhr, die Rastehäuser um 6 Uhr gesperrt werden.

Eine Goldsendung von 2000 Kilogramm ist am Freitag von London in Prag angekommen. Die Sendung wurde am Bahnhof durch Beamte des Bankamtes übernommen. Sie ist zur Ergänzung des Goldschates bestimmt.

Von der Deutschen Universität. Der Präsident der Republik hat zur Veranstaltung eines Weihnachtsmahles den Studierenden der deutschen Hochschulen in Prag den Betrag von 15.000 K. gespendet. — Nach der Neuregung der Studienjahre an den Hochschulen der Republik beginnen die Weihnachtsferien mit dem dritten Sonntag im Dezember und dauern drei Wochen.

Kürzung der Moskauer Apanage für die Kommunisten? Das sogenannte „Distriktoorgan der politischen Richtung innerhalb der kommunistischen Partei“ „Kommunist“ stellt mit Ende Dezember sein Erscheinen ein. An Stelle dieses Wochenblattes soll ein vierzehntägiges erscheinendes Blatt, geleitet von Richard Kohn und J. Skolac, die Spaltung der tschechischen Arbeiterschaft fortsetzen.

Mi Not in Deutschland.

Berlin, 15. Dezember. (W. K.). In der heutigen Reichstagsführung erklärte Reichs Ernährungsminister Dr. Luther: Nur mit Anspannung aller Kräfte können wir über den Winter hinwegkommen. Die Milchversorgung gibt zu den äußersten Besorgnissen Anlaß. Die Ursache ist die Verarmung unseres Volkes soweit gediegen, daß die bereitgestellten Mengen für die Junglingsernährung teilweise nicht mehr gekauft werden können. Die erforderlichen Maßnahmen werden demnächst in einer Konferenz mit den Ernährungsministern der einzelnen Länder besprochen werden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Konstituierung des Wirtschaftsbeirates.

Ostern wurde in Prag im Saale des Vereins „Veritas“ der Wirtschaftsbeirat eröffnet. Der neue Beirat, der an die Stelle einer früher bestandenen Korporation, die demselben Zwecke dienen sollte, tritt, hat die Aufgabe, die großen Fragen des Wirtschaftslebens zu beraten und der Regierung, sowie den gesetzgebenden Körperschaften Gutachten zu erstatten. Er setzt sich aus 150 Mitgliedern zusammen, von denen 60 auf die Arbeitgeber, 60 auf die Arbeitnehmer und 30 auf sogenannte Sachleute entfallen, in wachsender Gruppe freilich die Vertreter des Kapitals die Vertreter der Arbeiter weit überwiegen, so daß in entscheidenden Fragen eine kompakte Majorität von Unternehmern vorhanden sein dürfte.

Zunächst hält Handelsminister Nowak eine Begrüßungsansprache, worin er hervorhebt, daß dem Beirat Fragen von allgemeiner wirtschaftlicher Bedeutung vorbehalten sind, wogegen sämtliche Spezialfragen, für die besondere staatliche Verwaltungsstellen existieren, (Staatssekretariat, Staatsgewerksrat) aus seiner Kompetenz ausgeschaltet werden. Der Minister sprach die Erwartung aus, daß die Tätigkeit des „Wirtschaftsparlamentes“ insbesondere zur Beseitigung der Krise beitragen werde. Der Vorsitzende des Wirtschaftsbeirates Dr. Kobářík wies darauf hin, daß die neue Institution zu einer Zeit ins Leben trete, da die Arbeitslosigkeit eine Verringerung verlange. Der Beirat sei demnach, Anregungen zur Beseitigung der Krise zu geben. Er hoffe, daß der Beirat bei den maßgebenden Faktoren Verständnis finden werde. Bisherig werden die Beratungen die Möglichkeit bieten, wirtschaftliche Fragen aus dem Gebiete der Politik auf das Feld der Wirtschaft zu übertragen. Hierauf beantragte der Vorsitzende die Errichtung von sechs Ausschüssen und zwar eines finanzielle, eines sozialpolitischen, eines Ausschusses für inländische Produktion und Handel von je dreißig Mitgliedern, sowie von Ausschüssen für den Außenhandel, für den Verkehr, eines Organisationsauschusses von 20 Mitgliedern.

Hierauf wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen, damit die einzelnen Korporationen ihre Vertreter in das Präsidium, sowie in die Ausschüsse nominieren. Zu Vizepräsidenten des Wirtschaftsbeirates wurden sodann aus der Gruppe der Unternehmer Professor Šobák, ferner Jka und Jangmüller, aus der Gruppe der Arbeiter und Angestellten Pacořek, Senator Štáflin und Abg. Pohl gewählt. In die einzelnen Ausschüsse wurden von jenen Mitgliedern

des Wirtschaftsbeirates, die auf Vorschlag des deutschen Gewerkschaftsbundes ernannt wurden, folgende Genossen nominiert und auch gewählt: Finanzausschuß: Taub und Dr. Freund, sozialpolitischer Ausschuß: Roscher und Bergmann, Ausschuß für inländischen Handel und Produktion: John, Friedmann und Krejský, Ausschuß für auswärtigen Handel: Neumann und Dr. Strauß, Verkehrs-ausschuß: Grünauer, Rase und Preisch, Organisationsausschuß: Macoun und Dr. Šahn. Die Gruppe der Sachleute wählte außerdem den Gen. Krejský in den Verkehrs-ausschuß.

Schließlich gaben einige Mitglieder des Wirtschaftsbeirates Anregungen für die weitere Arbeit der neuen Konstitution, wobei Genosse Dr. Strauß namens der vom deutschen Gewerkschaftsbund delegierten Vertreter eine Erklärung abgab, worin gesagt wird, daß die Vertreter des Gewerkschaftsbundes bereit sind, an den Beratungen und Beschlüssen des Wirtschaftsbeirates sachlich mitzuarbeiten. Damit aber die Mitglieder mit dem notwendigen Interesse an den Verhandlungen teilnehmen können, ist es unerlässlich, daß die Einladungen sowie die den Mitgliedern der Ausschüsse und des Plenums zugehenden Mitteilungen und Regierungsvorlagen diesen in deutscher Sprache zugestellt werden. Wenn der Wirtschaftsbeirat wirklich nützliche Arbeit leisten will, dann muß er von der Regierung die Vorlage aller geplanten Verordnungen und Gesetze verlangen, die in das Wirtschaftsleben eingreifen. Insbesondere müsse an das Handelsministerium herantreten werden, das alle möglichen vorbereitete Verordnungen über die Herabsetzung der Zoloeffizienten dem Wirtschaftsbeirat vorlegen, um so mehr, als diese Vorlage bereits in der handelspolitischen Zentralstelle der Handelskammern beraten und begutachtet wurde.

Der Vorsitzende entgegnete hierauf, daß er diese Wünsche ebenso wie alle anderen vorgeschlagenen Anregungen zum Gegenstande der Beratungen des Präsidiums machen werde und schloß hierauf die erste Versammlung des Wirtschaftsbeirates. Nach Schluß der Sitzung konstituierten sich die oben genannten sechs Ausschüsse.

Vor einem verreglosen Zustand in der Glasindustrie. Da der Kollektivvertrag der Glasarbeiter zu Ende geht, fanden Freitag, den 24. November Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern statt, die trotz des Entgegenkommens der Arbeiter nach stundenlangem Dauer ergebnislos abgebrochen werden mußten. Eine neuerliche Besprechung am 6. Dezember, welche den ganzen Tag dauerte, blieb gleichfalls ergebnislos. Wohl konnte in einigen Punkten eine Einigung erzielt werden, in den wichtigsten Fragen des Vertrages übten aber die Unternehmer unerschütterliche Gewalt. Die Gewerkschaften haben nun den Arbeiterverband der Glasindustrie mittels Briefes vom 7. Dezember nochmals zu Verhandlungen aufgefordert. Der Arbeiterverband antwortete durch ein kurzes Schreiben, in welchem mitgeteilt wird, daß dieser Verband in einer Vertrauensstellung den Standpunkt der Unternehmer nochmals präzisieren wird. Sollten die Unternehmer auch weiterhin nicht nachgeben, dann wird in den einzelnen Gebieten ein Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen beginnen. Jeder ist jetzt die Einheit sowohl des deutschen als auch des tschechischen Verbandes bedroht. Der tschechische Glasarbeiterverband hat zwei kommunistische Sekretäre entlassen, weil sie in größtmöglicher Weise die Statuten des Verbandes übertreten hatten. Diese beiden Sekretäre gründeten nun einen kommunistischen Verband und versuchen es, auch die deutschen Glasarbeiter zum Beitritt zu bewegen. In derselben Zeit wird auch die Gründung eines deutschen gelben Glasarbeiterverbandes versucht, so daß Kommunisten und Gelbe im trauten Bunde die Einheit des Glasarbeiter-

Copyright 1922 in Der Wall-Verlag, Berlin-Gartenfeld.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (35) Autor: Uebersetzung von Germania zur Mühle

Allerdings waren die Flugblätter nach einigen Wochen zurückgegeben worden, denn man hatte in ihnen nichts Verbrecherisches gefunden. „Aber in einem Zustand“, berichtete Abel, „daß man sie gar nicht mehr verkaufen kann. Dabei waren die meisten auf Arbeit gekauft und nun wissen wir nicht, wie sie bezahlten.“ Auch James war Sozialist; Artwsky und dessen Freund Carlin verfielen die industrielle Aktion, und die Männer begannen über Probleme der Taktik zu debattieren. Zimmermann stellte Fragen, verhielt sich aber verschwiegen. An-fichten zu verstehen. Artwsky wurde aus dem Zimmer gerufen, kam mit einem ersten Gesicht zurück; John Colver befand sich in der Nachbarschaft und wollte wissen, ob er Zimmermann kennenlernen könne. „Wer ist John Colver?“ fragte der Prophet. Und es wurde ihm erklärt, Colver sei ein gefährlicher Agitator, der unlängst zwanzig Jahre Zuchthaus bekommen hatte, nun aber gegen eine Kaution freigelassen worden war, bis das Appellationsgericht das Urteil gesprochen habe. Colver war ein J. W. B. und als einer der Dichter dieser Partei bekannt. Artwsky sagte: „Er fürchtet, Sie würden nicht gerne mit ihm zusammenreffen, weil die Spione, wenn sie dies erfahren, hinter Ihnen her sein werden.“ „Ich bin bereit, mit jedem zusammenzutreffen“, entgegnete Zimmermann. „Es gehört zu meinem Beruf, mit allen Menschen zusammenzutreffen.“ Einige Minuten später wurde der furchtbar gefährliche Colver ins Zimmer geführt.

„Ich hatte von Zeit zu Zeit immer wieder in der „Times“ gelesen, daß abermals eine Anzahl J. W. B. vor Gericht standen, daß sie frech gegen den Richter waren, ihnen viele Verbrechen nachgewiesen und sie dem Zuchthausgefängnis zufolge zu vierzehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Selbstverständlich hatte ich nie einen dieser verurteilten Männer gesehen, doch hatte ich mir von ihnen ein Bild gemacht: dunkle, unheimliche Gesichter, mit verzerrtem Mund und unruhigen, hinterlistigen Augen. Dies wußte ich auch aus dem Kino. Nun stand ich zum erstenmal einem solchen Menschen gegenüber und siehe, ich erblickte einen offengestichtigen, apfelschalenartigen jungen Burschen mit schimmernden, schneeweißen Zähnen. „Genosse Zimmermann“, rief er und streckte dem Propheten beide Hände hin. „Du bist ein alter Freund von uns, obwohl es möglich ist, daß du dies gar nicht weißt. In unseren Schungeln trinken wir häufig auf deine Gesundheit.“ „Wirklich?“

„Eigentlich dürfte ich gar nicht mit dir zusammenkommen“, fuhr Colver fort. „Denn ich werde unentwegt beobachtet, und du weißt doch, daß unsere gute Organisation vogelfrei ist.“ „Weshalb ist sie vogelfrei?“ fragte Zimmermann. „Weil die Leute behaupten, daß wir das Ge-reiche anzünden, Kupfernägel in Obstbäume schlagen und dergleichen mehr.“ „Tut ihr es wirklich?“ Colver lachte. „Ebenso wie du im Kino auftrittst, Genosse Zimmermann.“ „Ich verstehe. Aber was tut ihr?“ „Wir organisieren die ungelerten Arbeiter.“ „Weshalb organisiert ihr sie?“ „Damit sie selbständig die Betriebe zu handhaben verstehen, wenn dieses System der Fabrier in seiner eigenen Fäulnis zusammenbricht.“ „Ich verstehe.“ Der Prophet überlegte einen Augenblick. „Also ein Slavenaufstand.“

„Ja.“ „Ich weiß, was aufständischen Slaven geschieht, mein Bruder. Ihr habt Glück, wenn ihr bloß ins Gefängnis geworfen werdet.“

„Sie tun uns noch anderes an“, erzählte Colver. „Ich werde die unsere Flugblätter: „Stut-tropfen“ zu lesen geben, darin wirst du vom Teeren und Federn, vom Totschießen im Mobland erfahren.“ Seine Augen zwinkernten. „Du hast einen schönen Namen für Amerika gefunden. Der wird ihm bleiben.“

Zimmermann fragte ihn weiter aus, wollte alles über die vogelfreie Organisation und deren Mitglieder wissen. Es war ersichtlich, daß ihm der junge Colver äußerst gut gefiel. Er setzte sich neben ihn, verlangte einige von seinen Gedichten zu hören, und da er fand, die Verse seien wirklich schön und lebendig, legte er den Arm um die Schulter des jungen Dichters. Und wieder regten sich in mir ferne Kindheitsgedanken: War nicht unter den Jüngern einer gewissen, mit Namen Johannes, der geliebteste?

40.

Der junge Agitator erzählte von einer Untersuchung, die er in der Holzlageregegend im Nordwesten gemacht hatte. Er schreibe ein Flugblatt über eine Megele, die dort stattgefunden hatte. Ein Mob von Exzoldaten hatte das Hauptquartier der J. W. B. gestürmt, diese hatten sich verteidigt und zwei oder drei Angreifer getötet. Die Presse-agentur hatte daraufhin im ganzen Land verbreitet, daß die J. W. B. ohne allen Grund die Soldaten angegriffen hätten. „Derart handeln die Zeitungen“, rief John Colver. „Das Ergebnis ist Mord und Totschlag, und heute ist es in den westlichen Staaten für einen Menschen lebensgefährlich, ein rotes Mitgliedbuch in der Tasche zu tragen.“ Damit waren wir auf das Thema des Wider-

stands oder Nichtwiderstands gekommen, und ich lauschte mit einem seltsamen Gemisch von Teilnahme und Widerwillen, während diese Rebellen aller Färbungen und Nuancen debattierten, ob es für das Proletariat möglich sei, ohne Gewalt die Freiheit zu erringen. Der sanfte Genosse Abel mußte zugeben, daß die Sozialisten durch die politische Aktion tatsächlich eine verheerende Gewalt ausübten. Sie verstanden, den Staat durch den Stimmzettel zu erobern, doch ist der Staat ein Gewaltapparat, und wird durch Gewalt seinen Willen durchsetzen.

„Sie sind wohl Anarchist“, meinte der sozialistische Rechtsanwalt, zu Zimmermann gewandt. Zu meinem Erstaunen zeigte sich Zimmermann über diese Zumutung keineswegs entsetzt. „Ich anerkenne außer der Liebe keine Macht“, entgegnete er. „Wie kann ich da irgend etwas mit der Regierung zu tun haben?“

Es kamen noch mehr Leute, das kleine Zimmer war gesteckt voll; eine richtige Versammlung entstand. Noch nie hatte ich so seltsame Ideen vernommen, hatte gar nicht gefühlt, daß es so etwas gebe. Ich versuchte, nicht beleidigt zu sein, doch dachte ich, man könnte auch ein paar Worte zugunsten gewöhnlicher Menschen, die keine Mitgliedsbücher besitzen, sagen. Deshalb wagte ich von Zeit zu Zeit einen beschreibenden Einwurf, zum Beispiel, es gäbe doch ziemlich viel Leute auf der Welt, die ihre Nächsten nicht lieben und die man nicht so rasch zur Liebe bringen könne, und es wäre daher gar, diese Leute ein wenig zu zügeln. Und dann meinte ich, vielleicht seien die Arbeiter noch nicht genügend geschult, um selbst die Betriebe zu leiten, bedürften der Hilfe der jetzigen Herren. „Ein wenig mehr Bildung“, wagte ich zu sagen. John Colver lachte, das erste böse, häßliche Lachen, das ich von ihm gehört hatte. „Bildung vermittelt durch die Herren! Bildung, von einem Knüttel beigebracht!“

(Fortsetzung folgt.)

verbandes bedrohen. In einer Zeit, wo die Unternehmern zum Angriff rüsten, haben die Kommunisten nichts anderes zu tun, als die Reihen der Arbeiter zu sprengen. Diese verwerfliche Taktik hindert sie freilich nicht, in demagogischer Weise nach der Einschleifung zu rufen.

Der Streik in Ludwigshafen. Nachdem die kommunistischen Blätter in der Fischschlawaerei die deutschen Gewerkschaften wegen ihres Verhaltens im Streik der Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen angegriffen, wollen wir nach der Darstellung des Berliner „Vorwärts“ erzählen, was in Ludwigshafen vorgegangen ist. In Ludwigshafen hatte ein Teil der Belegschaft der Badischen Anilin- und Sodawasserfabrik beschloffen, den Betriebsrat des Reichsverbandes der Kommunisten in Berlin durch vier Vertreter zu beschicken. Die Direktion ließ die Delegierten erklären, daß Urlaub hierzu nicht gewährt werden würde, wer dennoch schle, werde entlassen. Eine Betriebsversammlung, die von 20.000 Beschäftigten bei einer Belegschaft von über 20.000 besucht war, beschloß sich mit dem Verbot, und hier ließen sich die laipernen Delegierten eine Rückversicherung in der Form geben, daß ein Antrag angenommen wurde, daß im Fall der Entlassung der Delegierten die Arbeit eingestellt wird. Es ist überflüssig, zu sagen, daß ein Gewerkschaftsvertreter bei den Beschlüssen nicht gehört wurde. Drei Delegierte fuhrten nach Berlin, der vierte verfaumte den Zug. Nach der Rückkehr erfolgte die Entlassung der drei. Die Gewerkschaften verhandelten mit der Direktion und es schien ausgeglichen, die Wiedereinstellung der Entlassenen zu erreichen. Jedoch erklärte sich die Firma bereit, den Schlichtungsausschuß entscheiden zu lassen. Im Laufe der Verhandlungen traf die Nachricht ein, daß bereits einige Abteilungen die Arbeit niedergelegt hätten. Jetzt brach die Firma die Verhandlungen ab und zog die gemachten Zugeständnisse zurück. Der Betrieb wurde geschlossen und eventuelle Arbeitswillige zurückgewiesen. Unter Aufsicht der Gewerkschaften, die erklärten, daß sie die ArbeitsEinstellung nicht billigen können, wurde eine Streikleitung gewählt, die sich ausschließlich aus Kommunisten zusammensetzt. Die Kommunisten haben wohl die Gewerkschaften für die Arbeiter verhandeln lassen, sind aber den Unterhändlern durch einen wilden Streich in den Rücken gefallen, so daß die Unternehmer dann keine Konzessionen machen wollten. Nachdem die Kommunisten die Arbeiter ins Unglück gejagt haben, machen sie die Gewerkschaften dafür verantwortlich, daß ihnen aber kein Mensch der seine fünf Sinne beisammen hat, glauben wird.

Devisenkurse.
Die tschechische Krone notiert in:
Paris 1590.00
Berlin 189.52
Wien 2140.00

Züricher Schlusskurse.
Paris 39 90.00
London 20 75.00
Brüssel 0 22.50
Lissabon 5 87.00
Lima 0 275.00
Wien alt. 0 00.00

Telegramme.
Die neue polnische Regierung.
Warschau, 16. Dezember. P. A. L. Zum Ministerpräsidenten und Minister des Innern wurde Divisionsgeneral, Chef des Generalstabes Ladislaus Sikorski ernannt. General Sikorski bildete heute nachts folgendes Kabinett: Minister des Innern — Alexander Strzemiński, der bisherige bevollmächtigte Minister und Gesandte in Warschau, Gesundheit — Chodźko, Arbeit und soziale Fürsorge — Darowski, Post und Telegraph — Johann Mojżyszynski, Eisenbahnen — Jagomir Marjnowski, Leiter des Ministeriums für Handel und Industrie — Dr. Straßburger, Leiter des Landwirtschaftsministeriums — Kaczynski, Finanzen — Jastrzebski, Krieg — Sosnkowski, Justiz — Marowski, Leiter des Ministeriums für Kultus und Unterricht — Prof. Josef Mikulowski-Pomorski.

Ein Triumvirat.
Kraflau, 16. Dezember. Gemäß den Bestimmungen der Konstitution geht die Regierung nach dem Tode des ermordeten Präsidenten auf ein Vollzugsministerium über, das aus dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, dem Sejm und dem Senatmarschall zusammengesetzt ist. Es sind dies Nowodworski, Palaj und Trompejnski.

Das neue Kabinett Paßé.
Belgrad, 16. Dezember. Nachdem die slowenischen Bauernbündler und die bosnischen Moramedaner vom Eintritt in die neue Regierung Abstand genommen haben, bildete Paßé ein homogenes radikales Kabinett, welches sich wie folgt zusammensetzt: Paßé Präsident, Nikić Minister des Innern, Sotjadinowic Finanzen, Trifunovic Unterricht, Juba Jovanovic Kultur, Vesljar Jankovic Verkehr, Kumanovic Bauten, Slavko Miletic Volksgesundheit, Bukicic Post und Telegraphen, Erste Forste und Bergwerke, Peric Sozialpolitik, General Peste Krieg, Marlovic Justiz und Interim. Handel, Arsa Miletic Agrarreform und interim. Volkswirtschaft, Kroat Džido Supilo und Slowene Ninko Supancic, Minister ohne Portefeuille. Nachdem der König diese Ministerliste gebilligt hatte, legten die neuen Minister den Eid auf die Verfassung ab. Die beiden Minister ohne Portefeuille und Banddirektor Stojadinovic (Finanzminister), sowie General Peste gehören nicht dem Parlament an. Die Mehrzahl der Minister

sind Serben aus dem alten Königreich, Slavko Miletic ist Serbe aus der Wojwodina und Erste Serbe aus Bosnien. Die Kroaten und Slowenen sind durch die Ernennung von Ministern ohne Portefeuille zum ersten Male im Kabinett vertreten. Das Kabinett stellt eine Konzentration der radikalen Partei des ganzen Landes dar, dürfte deshalb auf einmütigen Widerspruch der gesamten Opposition stoßen, sobald es zum entscheidenden Kampf um die Regierungsgewalt kommen wird.

Ein Friedenspräliminare der Lausanner Konferenz
Lausanne, 16. Dezember. Die Vertreter der Mächte haben ein Friedenspräliminare ausgearbeitet, welches die Fragen der Grenzen, Woezungen sowie wirtschaftliche und finanzielle Fragen beinhaltet. Soweit es sich um die Befugnisse der internationalen Ueberwachungskommission über die Meerengen handelt, wurden die letzten Hindernisse beseitigt. Die britische Delegation übergab den Türken eine Denkschrift über das Mossulter Vilayet, deren tatsächlicher Besitzer die Regierung von Irak ist. Diese Regierung könnte direkte Verhandlungen mit der Angoraregierung beginnen, falls sie selbst als zweckdienlich erachtet.

Attentat auf einen bulgarischen Minister.
Sofia, 16. Dezember. (R. B.) Gestern 6 Uhr abends ist auf den bulgarischen Minister des Innern Daskalow, der provisorisch mit den Geschäften des Ministerpräsidenten betraut ist, ein Attentat verübt worden. Als der Minister das Sobraniegebäude verließ, um sich in sein Auto zu begeben, wurden von einem unbekanntem Mann gegen ihn zwei Bomben geworfen, die beide explodierten. Der Minister blieb jedoch unverletzt, auch sonst wurde niemand verletzt. Der Attentäter konnte in der Dunkelheit entkommen. Nach Erklärung des Ministers ist es als Attentat mazedonischer Autonomisten anzusehen.

Vertrauen für Poincaré.
Paris, 16. Dezember. (R. B.) Die Kammer hat heute um halb zwei Uhr früh die Diskussion der Interpellationen über die auswärtigen Angelegenheiten beendet und dem Ministerium das Vertrauen mit 512 gegen 76 Stimmen ausgesprochen.

Erziehung und Schule.
Die Bedeutung der Hilfsschule.
Hilfe suchend kommen die Mütter und Väter, die ihre Kinder dieser Schule zuführen. Gleichen diese Kinder doch schon äußerlich oft gar nicht ihren Mitschülern von vorher. Wie ihre Größe, ihr Gesichtsausdruck, ihre Gestalt, verschieden sind von der der andern, so ist es auch ihr Gebirge und ihre geistige Entwicklung. Nachdem die Eltern ihre erste Sorge vor Schule und Lehrer übernommen haben, werden sie vertraut und berichten, wie sie an dem Kind bemerkt haben, daß vieles an ihm anders ist, als sie erwartet hatten. Die Sprache zeige mannigfache Störungen in der Laut-, Satz- und Wortbildung, im Spiele hatten sie keine Ausdauer, alle fünf Minuten wollten sie etwas anderes, das selbständige An- und Ausgehen könnten sie nicht erlernen; trotzdem das Alter schon ziemlich weit vorgeschritten sei, die Handgriffe, die in der Häuslichkeit von ihnen verlangt würden, mühten immer und immer wieder vorzugehen. Der Lehrer fragte auch fort über das Kind, es komme trotz Aufgaben und Nachhilfestunden nicht mit, müsse die Klasse zwei- bis dreimal machen. Das Verhalten solcher Kinder zeigt ein doppeltes Gesicht: Unter Aufsicht sind sie furchsam, stehen an Wänden und in Winkeln umher, vermeiden sich, wenn Fremde kommen, haben fast gar kein Selbstvertrauen; unbeachtet dagegen zeigen sie Wichtigkeit, beschäftigen einander verschiedener Schändlichkeiten, drängen und scharen sich laut schreiend zu einander, berichten Tagesneuigkeiten übermäßig laut und meistens ohne organischen Zusammenhang.

Die Entwicklungsgeschichte fast jedes zu uns gebrachten Kindes zeigt, daß es Kranke sind oder solche nach längerer oder kürzerer überstandener Krankheit. Es sind mangelhaft Ernährte, Rachitische, Blutarmer, Fleischfresser, oder auch solche Kinder, die eine tuberkulöse oder nichttuberkulöse Hirnhautentzündung überstanden haben, solche, die an Epilepsie, Bellastanz, Konvulsionen oder nächtlichem Aufschreien leiden. Allen diesen hat die Hilfsschule Hilfe zu bringen. Welcher Art kann diese sein? Heilung von organischen Erkrankungen? Nein. Dazu sind andere Stellen berufen. Mit den organischen Erkrankungen sind meist auch Erkrankungen des Nervensystems, eine Schwächung oder Lahmlegung der Funktionen des Gehirnes verbunden, so daß die Gefahr besteht, daß viele heranwachsenden Individuen sich später keinen Beruf auszuwählen oder nicht einmal durch Heferdienste sich im Erwerblichen betätigen können, also weder sich noch der Gesellschaft nützen, dieser eher einmal zur Last fallen. Da die ganze Erziehung sich so einzustellen hat, daß die Gesamtheit kulturell von Stufe zu Stufe gehoben werde, muß das Ziel der Hilfsschulpädagogik darin bestehen, diese Geschöpfe für die aufstrebende Allgemeinheit zu retten. Also auch drückt dies mit folgenden Worten aus: „Da durch Tatsachen erwiesen ist, daß Schwachmännige ohne Sonderbildung eine Last und Gefahr für die Gesellschaft sind, so kann das Ziel der Hilfsschulpädagogik nur darin bestehen, die Schwachmännigen zu der denkbar höchsten Entwicklungsstufe ihrer Kräfte emporzuheben, damit sie als freie oder leicht geführte Glieder der Gesellschaft einen

stillischen und sozialen Lebenszweck zu erfüllen imstande sind.“
Daß die geistig Schwachen auf eine solche Stufe zu bringen sind, beweist eine vor mir liegende Statistik über Arbeitsleistungen solcher Menschen. Die Zahlen sind nach Aufnahmen in der Hilfsschule in Berlin festgestellt worden. Danach erreichen die Mächtigsten, Gefelle oder Arbeiter zu werden, 15 Prozent, Lehrling oder Arbeitsbursch 20 Prozent, niedere Arbeiter wie Packer, Sortierer, Löten, Bohren, Laufburschen- und Heizerarbeiten können 60 Prozent verrichten, erwerbsunfähig bleiben bei Knaben fünf Prozent. Bei den Mädchen wurden in niedriger Gruppe erwerbsfähig 90 Prozent, in höherer zwei Prozent, nicht erwerbsfähig blieben acht Prozent. Wir sehen also, daß bei genügender Fürsorge nur ein ganz geringer Bruchteil der Gesamtheit zur Last fällt. In der Volksschule belassen, fallen diese Geschöpfe der Trägheit und der damit verbundenen geistigen Unmündigkeit zum Opfer. In der Hilfsschule finden sie jedoch den Ort, wo ihre Eigenart alles bestimmt: Arbeitsamt und -teilung sowie Arbeitsweise. Der Unterricht setzt da ein, wo Lücken und Mängel sich zeigen, und führt, wenn die Tätigkeiten mit Konsequenz und Ausdauer geübt werden, zu schönen Erfolgen.

Einer von vielen Fällen aus meiner Erfahrung beweist das am besten. Die Schülerin M. kam nach zweijährigem Besuche der Volksschule in die Hilfsschule, ohne das Rechengebiet bis zehn auch nur im Zu- und Wegzählen der drei beherrscht zu haben. Im Lesen brachte sie die Kenntnis von fünf Buchstaben mit. Dabei war dem Kinde durch fast dreiviertel Jahr Nachhilfeunterricht erteilt worden. Die Handfertigkeit war eine ganz geringe. Sie beschränkte sich nur auf die Ausführung grober Arbeiten. Heute, nach dreijähriger Behandlung liest die Schülerin fließend mit Erfassung des Inhaltes und im Rechnen hat sie Verständnis und Fertigkeiten für die vier Grundrechnungsarten und deren Anwendung. Recht geschickt arbeitet sie weibliche Handarbeiten, verfertigt im Häkeln leicht ausführbare Kleidungsstücke, wie Mütze, Schal, Tasse, beginnt jetzt, nachdem sie allerhand Stich- und Zierarbeiten erlernt und genau ausgeführt hat, mit dem Nähen von Wäsche. Gute Erfahrungen also auch bei uns.

Auf Grund dieser Erfahrungen und auf Grund des großen Bedürfnisses sollten nun recht viele solcher Anstalten, und seien sie auch nur ein- bis zweiklassig, errichtet werden; und da die Regierung leider wohl für eventuelle Vernichtungszwecke der Menschheit Riesenbeträge zur Verfügung stellt, nicht aber solche Summen zur Hebung kultureller und sozialer Bedürfnisse, ist es, bis die Regierung zur Einsicht ihrer Cbliegenheiten gelangt sein wird, Aufgabe der Gemeindegemeinschaft, für die Schär ihrer geistig hilfbedürftigen Kinder Schulen zu errichten, damit auch die Ärmsten der Armen ihren Platz finden und ausfüllen können zum Wohle der Gesamtheit. J. M.

Neue Erziehungsbücher.
(Schluß.)

Gegen allerlei neue Mechanismen und Organisationen, für das schöpferische Leben nicht Moz Tepps offensives Notbuch „Die Vernunft des Leibes“ (Saal). Es schafft mehr Bohn, als irgendeine Behörde vorläufig brauchen kann. Wer sich nicht nur prinzipiell, sondern über die ständige Bewegung unterrichten will, greife zu dem sehr wichtigen Tagungsbuch Vallat-Hiller „Künstlerische Körperkultur“ (Hirt). Die Berliner Vorträge und Vorführungen von sechs rhythmischen Schülern!
In die ganze Problematik der Jugend- und Zeitfragen verfehlt uns ein sprühendes Buch für die große Strindberg-Gemeinde: E. Schönebeck „Strindberg als Erzieher“. Erlebte Kapitel zur Schulreform. Gleichfalls bei Oldenburg u. Co. erscheint ein großes Sammelwerk Kaminer-Danziger „Jugendnot in Familie, Gesellschaft, Menschheit“. 15 Vorträge von Juristen, Erziehern, Lehrern, Jugendführern. Wohl die umfassendste gegenwärtige Orientierung! — Kampfberichte sind heiß vom Leben: Mitten in der Schlacht flüchtet Kaminer: „Der Bund entscheidender Schulreformer, Werden und Wesen“. Man soll das studieren, bevor man aburteilt (Oldenburg u. Co.), und auch eine Klaidikau: „Der Anfang, Zeitschrift der Jugend“, in Auswahl neu herausgegeben (Saal). Lieft man das heute, begreift man nicht die Panikart von damals. Aber — nun zerteilt die ewige Dummheit über andere „Formverlegungen“. Statt das Leben zu pöden und an der Quelle zu trinken. Märgelnde Korrektheit statt schöpferischer Lebenslust!
Zur „Lebenskunst“ schrieb ein kluges Lustbuch „Arbeitsfreude“ H. Barwald (Hirtich). Frisch, fest, kurzweilig und ehrfürchtig und — verständlich ist A. Orimmes „Der religiöse Mensch, eine Anleitung für die neue Schule“ (Schwetschke u. Sohn). Eine Befinnung auf den Lebensinhalt für die Weihnachtstage! — Wohl vorbereitend, also bestmögliche Nahrung für hungerige Eltern bietet A. Penzig in seinen Büchern „Vriese über Kindererziehung“ und „Die Religionskunde unlerer Entkinder“ (Oldenburg u. Co.). Darlegung der Erziehungslage unserer Zeit und Lehrgespräche über Leben und Gott, die auch den Lehrer sehr anregen. Wer alle Mühte haßt, gerilltet sein will, greife zu Kierkegaard „Gesammelten Werken“ (Diederichs). „Zur Selbstprüfung der Gegenwart andersohnen“ heißt der neueste Band. Eine Strindberg-Kur.
Noch einige Einzelbücher. Hornsteffers „Philosophiebüchlein“ (Franck) vereinigt volkstümliche Abschnitte aus philosophischen Klassikern, A. John „Der freie Staatsbürger“ (Klinkhardt) geschickt passende Stellen aus Gottfried Keller zu einem staatsbürgerlichen Lesebuch. Gut! Aber, was geschieht dabei dem Dichter? Wohin das führen kann, zeigt Wohlke „Unser Robinson“ (Dürr): Robinson als Jahrespensum „erarbeitet“. Also tüchtig und fleißig! Aber: Robinson verdingert! Eine Robinsonade in Bald und Feld erleben, ja! Körperlich schaffend! Aber

Robinson zerschlagen? Ueber-Camp! Hilfsche Exkursionspraxis bietet dagegen C. Schmitt „Natur- und Lebenslehre“ (Dietrich u. Co.) und beachtenswert ist Christianen „Naturgeschichte methodisch auf arbeitsunterrichtlicher Grundlage“ (Dietrich u. Meyer). Endlich wollen guten Rat fürs Leben geben Dinnhaupts Studien- und Berufsführer (Dessau), Band 1: Jagow-Mathiasius „Geschichte“, Band 2: Giese „Psychologie und Psychotechnik“. Der Gedanke ist loblich, die Ausführung gerade jetzt schwer und also notwendig problematisch. Was will man von Leben, Beruf, Gesellschaft, Staat, Menschheit? Das mühte vor solcher Beratung geklärt sein. Wenn doch nur mehr Menschen fragen wollten, statt sich im Mechanismus stumpf schieben zu lassen. Fragt, Eltern, Lehrer, Jugend! Fragt die Väter! Sie antworten ohne Hohn! Fragt zu Weisheit, um die Wende zum Licht, gute und mutige Väter! Denn im neuen Jahre wird die Zeit noch zerbrechender fragen: Wo ist ihr durch Jugend und Erziehung zum Volk? Was taret ihr?

An unsere Leser!

An alle unsere Parteigenossen, unsere Körper-schaften, Parteiunternehmungen, Freunde und Bekannte richten wir die Bitte, an Stelle der zu Neujahr üblichen Gratulationen sich an der in der Neujahrnummer unseres Blattes erscheinenden

Kollektivgratulation

zu beteiligen. Die Einschaltung eines jeden Namens kostet K 10.—, doch werden, da die Aktion auch der Stärkung unseres Preßfonds dienen soll, freiwillige Ueberzahlungen dankend entgegengenommen.

Anmeldungen sind bis spätestens 28. Dezember d. J. an die Verwaltung Prop. II., Korblickebornam. Nr. 32 zu richten.

Die Verwaltung.

Kunst und Wissen.

„Man kann nie wissen“, Komödie von Bernhard Shaw (Neues Deutsches Theater). Ein schwacher Shaw bedeutet noch immer mehr als zehn schwach deutsche „Lustspiele“ vom Altstapaliber, weil Geist, Beweglichkeit, feder Wit und verwegene Paradoxe jedes seiner Werke zieren. Aber nichtbedeutender ist die Komödie „Man kann nie wissen“ doch ein schwächerer Shaw. Wieder begegnen uns des Iren Lieblingsideen über Liebe und Ehe, Mann und Frau, Jugend und Alter, Erziehung und Emanzipation des Weibes werden geistreich bespiegelt; die Situationen bergen genug der Komik und Ueberraschung. Doch die Aneinanderreihung ist noch lockerer als sonst, der Faden der Handlung dünn, zu dünn, um Freunde zu bereiten, mühte die Komödie mit Feuer und sprühender Verbe gespielt werden. Mühte. Statt dessen machte sich auf der Prager Bühne eine Gastspiel aus Buxtehude breit. Der Fergensneider und Causeur wirkte wie ein herausstapellierter Schülerlehrling und redete entsprechend fließend und überzugend, die alte Dame vertrocknete des öfteren die Namen ihrer Kinder, und diese Kinder, besonders der Sohn — muß man sie nennen? Es war eine an Shaw vollzogene Evolution, kein Lustspiel, und eigentlich war es Pflicht gegen den wehrlosen Dichter, sich der peinlichen Probe nur noch vor Zerschlag des Stückes zu enthalten. K.

Drittes philharmonisches Konzert, Neunte Symphonie. Heute, 11 Uhr vormittags, unter Leitung Alexander Zemlinsky's Beberns „Jacaglia“ und Beethoven's Neunte Symphonie unter Mitwirkung von Maria Müller, Margarethe Gerth, Otto Macha, Berthold Sterned und der Chöre des Deutschen Männergesangvereines, des Deutschen Singvereines, des Deutschen Theaters.
Vorlesung Walter Hasenclever. (Polyteum.) Vor wenigen Menschen las der berühmte Daselesener Vorgesierter zunächst zwar im eigenen Stil abgefaßt, sonst aber bekannte Tatsachen über das Leben und Wirken des Ministers Swedenborg. Dann ging er — und das scheint der Hauptzweck des Abends gewesen zu sein — auf sein persönliches Verhältnis zu Swedenborg über, eine Selbstcommentierung, die trotz des frommen Augenaufschlages, der während des Abends der Dichter nicht verließ, seine eigenen letzten Schöpfungen nicht besser macht. Der angeblich aus dem holländischen genommene deutsche Text aus Swedenborg's Schriften über die Geisteswelt, der nun folgte, vermochte — vielleicht auch wegen der Nüchte, die im Saale herrschte — nicht das Gefühl des Ueberüblichen auszulösen zu lassen. Zum Schluß sprach Hasenclever schöne Verse aus dem zweiten Teil Faust's, mit denen er allerdings ungewohnt bewies, daß zwischen Hasenclever und Goethe ein himmelweiter Unterschied der Geister besteht. o. k.
Neues Theater. Heute, den 17.: vormittags Philharmonisches Konzert, nachmittags Kaufmann von Benedig (mit Kottler), abends „Vrout des Lucullus“; Montag, den 18.: „Cithello“ (mit Kottler); Dienstag, den 19.: „Boheme“ (mit Kottler); Mittwoch, den 20.: „Ramon“; Donnerstag, den 21.: „Mackensball“ (mit Kottler); Freitag, den 22.: „Carmen“; Samstag, den 23.: „Gianbort“; Sonntag, den 24. geschlossen; Montag, den 25.: nachmittags „Schneewittchen“, abends „Premiere „Franklitta“.
Kleine Bühne. Heute, den 17.: „Menagerie“; Dienstag, den 19.: „Rauwan“; Donnerstag, den 21.: „Der müde Theodor“; Freitag, den 22.: „Menagerie“; Samstag, den 23.: „Frau Präsidentin“; Montag, den 25.: nachmittags „Wautau“, abends „Man kann nie wissen“.
XXVIII. volkstümliches Orgellkonzert zugunsten der Waisenfürsorge. Heute halb 11 Uhr vormittags im Prager Repräsentationshaus unter Leitung des Prof. Wiedermann.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Kaufet keine wertlosen Weihnachtsgeschenke! Staatsprämienbaulos

Preis bis Ende Dezember 1922: $\frac{1}{2}$ K 102.- ein ganzes Los K 510.-
Ziehung am 1. Feber 1923

Gezogen werden:
1433 Haupttreffer in Beträgen von
K 1500.- bis zu K 1.000.000.-
Haupttreffer sind zu
K 8.000.000.-
Jährlich stets zwei Ziehungen:
am 1. Feber und 1. August,
bei welchen im ganzen
K 16.000.000.-
Treffer gezogen werden.

Das mit einem Haupttreffer gezogene Los spielt noch in der Tilgungsziehung weiter!
Ein jedes in der Tilgungsziehung gezogene Los erhält das eingezahlte Kapital nebst $\frac{1}{2}$ Zinnesprämie zurück und spielt auf die Haupttreffer weiter!
Verlangt Prospekte bei den Geldinstituten!

1284

Turnen und Sport.

Deutschlands bedeutendste Fußballtermine. Bereits am 1. Jänner kommt das Länderpiel gegen Italien in Mailand zur Austragung. Am 25. Februar stehen einander die Repräsentativmannschaften Süd- und Westdeutschlands im Endspiel um den Bundespokal in Frankfurt a. M. gegenüber. Im März folgt in Duisburg das Länderpiel gegen Schweden. Der 18. Mai sieht die Begegnung Deutschland gegen Holland in Nürnberg und am 3. Juni erfolgt das Länderpiel Deutschland gegen Schweiz in Basel. Im August geht in Dresden der Länderkampf Deutschland gegen Finnland der sich.

Heutig's Wettspiel in Prag. AC. Sparta gegen SK. Prader Kravobe. Finale der Meisterschaft des C.F.G.

Letzte Woche der **Weihnachts-offasion**
Im bestaffortierten alibewährten
Seidenwarenhans
Ephraim Löbl
Prag, Graben.

1280

Bereinsnachrichten.

Deutsche Theaterredoute. Am 11. Jänner findet im großen Jugernsaale unter dem Titel „Deutsche Theaterredoute“ ein Ball der Solisten des Deutschen Theaters statt, dessen Kleinverträgnis dem Benefizensonder der Theaterangestellten zufließt. Einladungen, auf den Namen lautend, werden gegen Reklamationen, die an den Schriftführer des Deutschen Theaters, Oskar Groß, zu richten sind, versendet. 1205

Preise bedeutend ermäßigt! Weihnachtsgeschenke für Kinder, Matrosen, Sportanzüge, Wintermäntel, erstklassige Ausführung. Spezialhaus Ferd. Firsch, Zelená 14. Filiale: Národní tr. 87, „Platteis“. 1804

BERSON
GUMMIABSÄTZE
und
GUMMISOHLEN
sind billiger und dauerhafter wie Leder!
Bester Schutz gegen Nässe und Kälte!

1297

Das Beste für Ihre Augen liefert **Optiker Deutsch, Prag,** Graben 25, Kl. Bazar. 180

Libenia
der Segen
Schuhputz

1287

Wollen Sie Millionär werden? Die Gelegenheit dazu bietet sich durch Beteiligung an der Klassenlotterie. Zu gewinnen sind 1 Million, 1 Prämie 700.000, 1 Haupttreffer 300.000, 200.000, 2 à 100.000, 2 à 80.000, 2 à 70.000, 3 à 70.000, usw. usw. durch Befestigung eines Loses bei der allgemein bekannten und vom Glück begünstigten Geschäftsstelle Josef Stein, Prag II., Niegrovo nam. 2. (Filiale in Karlsbad, Markt 3), welche bereits viele Millionen Gewinne an ihre glücklichen Kunden ausbezahlt hat. Das Glück dieser Firma ist sprichwörtlich. Wir verweisen auf die Beilage in unserer heutigen Zeitung. Der geringe Vorrat an Glücklosen dieser Stelle ist immer sehr bald erschöpft. Man bestelle daher noch heute per Postkarte. Preise: ein ganzes Los K 52, ein halbes K 26, ein Viertel K 13, 1152a

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik

André
Prag
als Weihnachtsgeschenke

Toilette-, Rasier-, Mandel- und Glycerin-Seifen mit der „Blume“ sind die besten und beliebtesten Seifen. Zu beziehen durch die **G. G. C. Prag.** Zur Weihnachtsfason empfehlen wir: Figuren und Ornamente aus feinsten Seife, Weihnachtskerzen zu billigsten Preisen. Nichtsichtig bestellen.

PARKETTEN
Reiffner & Kistner
Tuglich-Extrakte

1238

Weiterer grosser Preisabbau

von

1303

Schmuck-, Gold-, Silber- u. Alpakagegenständen sowie Uhren zu außergewöhnlich niedrigen Preisen.

Morgen Montag, den 18. Dezember werden verkauft:
300 Stück 14 karat. goldene schweizer Uhren von K 500.— aufwärts. 650 Stück 14 karat. goldene Schweizer Armband-Uhren von K 280.— aufwärts.

Brillant-Schmucksachen
wie Ringe, Ohrgehänge, Broschen, Anhänger, Manschettenknöpfe, Krawattennadeln, Armbanduhren aus Gold und Platin mit Brillanten.

Perlenschnüre
werden zu überaus niedrigen Preisen verkauft.

Einige Hundert schweizer Uhren
aus Nickel und Silber der erstklassigsten Marken zu Fabrikspreisen.

Schmucksachen aus 14 karat. Gold
wie Ketten, Armbänder, Kolliers, Ringe, Ohrgehänge, Manschettenknöpfe, Krawattennadeln usw. in riesiger Auswahl zu ordentlich billigen Preisen.

Silber-Bestecke
Löffel und Garnituren zu außergewöhnlich niedrigen Preisen. Stücke mit Silbergriff zu halben Preisen.

Eugen Fuchs, Juwelier
PRAG, Váciavské nám. Nr. 17 (Neben Politika).
Besorgen Sie Ihren Einkauf vormittags, sonst ist es wegen grossen Andranges nicht möglich, alle Käufer zu bedienen.
Bestellungen von auswärts und schriftlichen Anfragen kann nicht nachgelommen werden u. es wird deshalb empfohlen, nach Prag zu kommen, da die Reiseauslagen durch den billigen Einkauf bei dieser Firma, gedeckt werden.
Heute Sonntag bleibt das Geschäft den ganzen Tag über offen.

Reichhaltige Auswahl für **Weihnachts-Geschenke**
ohne Konkurrenz erhalten Sie im **Warenhaus PRAG II., Hibernska 7**
Genossenschaftl. Unternehmen.

Weinessig- und Essigsprittfabrik
Quido Spalek Sohn
Leitmeritz a. E.
empfiehlt ihre nach neuesten Gärverfahren erzeugten vorzüglichen Essige.

Arbeiter-Jahrbuch 1923
erscheint seit Mitte Oktober 1922 im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei.
Taschenkalender . . . 6 Kronen
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen
Bestellungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in Teplic, Seifertstr. 1.
Arbeiter-Taschenkalender

Verlangt ausschließlich **Schweineschmalz u. Schweinespeck**
Marke Morris Supreme
von der **Morris Packing Company, Chicago.**
Vertr.: Wih. Schliesinger & Co., Prag-Karlín.

Kunstmachung.
Wie dem P. T. Publikum bekannt sein dürfte, ist am 28. November ein Magazinbrand ausgebrochen. Die vom Feuer, Wasser oder Rauch beschädigte Ware gelangt Sonntag, den 17. d. M. zu halben, ja sogar zu billigeren Preisen zum Verkauf. Die Lokalitäten bleiben den ganzen Tag über geöffnet. 1303
Weberei und Wäschefabrik Otto Katz,
Prag I., Celetná 14, 1. Stock.

ORGA
Schreib-Maschinen
Modell 1922 23
Hofert billigst
ORGA Aktienges.
Prag II., Kaprova 12

Piering-Seni u. Essig
ist der beste!
zu haben in allen Konsum-Verleinen

Amerikanische Dauerbrand-Oefen
Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis!
AMERICAN HEATING
Akt.-Ges. Prag
Národní 22. Tel. 3428
Kogelverkaufsstellen:
Helsberg: Wenzelsplatz 21.
Merken a. d. Kurb. Leihingen
Brno: Salzmattgasse 7.
Mähr. Ostrava: Jahnbofstraße 17.